

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Helga Baumgarten

Das „Gaza-Jericho-Abkommen“

Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten

Manuel Schiffler

Konflikte um Wasser – ein Fallstrick für den Friedensprozeß im Nahen Osten?

Harald Möller

Der Krieg zwischen Irak und Iran

B 11/95

10. März 1995

Helga Baumgarten, Dr. phil., geb. 1947; Studium der Geschichte, Anglistik, Politikwissenschaften und Soziologie in Tübingen, New York, London, Göttingen und Berlin; Lehrtätigkeit an der American University of Beirut, der Universität Göttingen, der F.U. Berlin und seit Anfang 1993 an der Universität Birzeit (Westbank), als Visiting Associate Professor, vermittelt durch den DAAD, für den sie als Beauftragte in der Westbank und im Gazastreifen tätig ist.

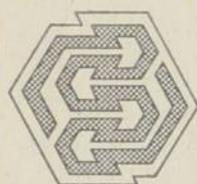
Veröffentlichungen u. a.: Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt 1991; zahlreiche Publikationen zum Nahostkonflikt, zur Geschichte und Politik der Palästinensischen Nationalbewegung und zur Arbeitsmigration in der Region Vorderer Orient.

Manuel Schiffler, Diplomvolkswirt, geb. 1966; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Nachhaltige Wassernutzung in Jordanien. Determinanten, Handlungsfelder und Beiträge der Entwicklungszusammenarbeit, hrsg. vom DIE, Berlin 1993.

Harald Möller, Dr. phil., geb. 1953; Studium der Geschichte und der Sozialwissenschaften in Bochum und Berlin; Staatsexamen in Soziologie und Geschichte; zur Zeit „gemeinnützige Arbeit“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Veröffentlichungen u. a.: Der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran: Endogene und exogene Bestimmungsfaktoren – Ein Beitrag zur Kriegsursachendiskussion, Berlin (i. E).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Helga Baumgarten

Das „Gaza-Jericho-Abkommen“

Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten

Am 13. September 1993 unterzeichneten Israel und die PLO ihre „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ – Declaration of Principles on Interim Self-Government Arrangements (DOP)¹. Am 4. Mai 1994 einigten sich Yassir Arafat als PLO-Vorsitzender und Yitzak Rabin als israelischer Premierminister auf das Kairoer Abkommen (Israel-PLO agreement on the Gaza Strip and the Jericho area) mit den ersten Ausführungsbestimmungen zur DOP². Seit Juni 1994 schließlich leitet Yassir Arafat die Palästinensische „Selbstregierungs-Autorität“ (Palestinian Interim Self-Government Authority) in Gaza, so der von den Palästinensern verwandte Begriff³.

Wie sieht eine erste Bestandsaufnahme dieser historischen Abkommen und Entwicklungen aus? Damit wird sich der erste Teil dieses Beitrages auseinandersetzen. In einem zweiten Teil sollen die Punkte im Kairoer Abkommen, die sich als problematisch erwiesen haben, herausgearbeitet werden, direkt im Anschluß an die Kritik palästinensischer Intellektueller an diesem Vertrag.

Im Hauptteil schließlich werden relevante Einstellungen und politische Positionen in der palästinensischen Gesellschaft heute analysiert – Einstellungen und Positionen, die das politische Handeln dieser Gesellschaft bestimmen und von denen wiederum die palästinensische Autorität ganz entscheidend beeinflusst wird, ja von denen sie sehr direkt abhängig ist. Darf doch gerade in diesem Kontext nicht übersehen werden, wie prekär die Legitimität Arafats und seiner Regierungsmannschaft ist, da bis dato jede institutionelle Absicherung und eine daraus erwachsende Stabilität fehlen.

Diese Analyse stützt sich in ihren zentralen Teilen auf die seit September 1993, also seit der Unterzeichnung der DOP in Washington, monatlich

1 Text in: Journal of Palestine Studies (JPS), (1993) 89, S. 115–121.

2 Text, jedoch ohne alle Annexe, in: JPS, (1994) 92, S. 118–125.

3 In der DOP ist von Palestinian Interim Self-Government Authority die Rede, während im Kairoer Abkommen durchgängig der Begriff „Palestinian Authority“ gebraucht wird.

durchgeführten Umfragen (den ersten in der modernen palästinensischen Geschichte) in der Westbank und dem Gazastreifen, für die das Center for Palestine Research and Studies in Nablus (CPRS, geleitet von Khalil Shikaki) unter der Federführung von Nader Said verantwortlich zeichnet⁴.

Abschließend wird versucht, den Platz dieser Periode in der palästinensischen historischen Entwicklung zu bestimmen, d.h. herauszuarbeiten, wie es derzeit mit den Gegensatzpaaren Revolution vs. Staatenbau (state-building) oder, noch prägnanter, mit Befreiung einerseits, Staat und staatlicher Herrschaft andererseits in der palästinensischen Zeitgeschichte steht. An dieser Stelle darf aber auch der Verweis auf den aktuellen internationalen Kontext nicht fehlen mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der unangefochtenen Machtposition der USA im Weltmaßstab, vor allem aber auch in der arabischen Region vom Golf bis zum östlichen Mittelmeer.

I. Der Zustand der palästinensischen Gesellschaft

Die generelle Atmosphäre ist derzeit bestimmt von Ernüchterung und Frustration bis hin zu regelrechter Depression. Dies wird augenfällig an den tagtäglichen Problemen, mit denen die palästinensische Gesellschaft konfrontiert ist. Ich möchte dies an fünf Problembereichen illustrieren:

– Abriegelung Ost-Jerusalems und seine Heraustrennung aus der Westbank durch in Beton gegossene Straßensperren bzw., aus der anderen Perspektive, Aussperrung der palästinensischen Bewohner von der Westbank und dem Gazastreifen aus ihrem politischen, ökonomischen, sozialen,

4 Diese Umfragen werden monatlich publiziert und sind inzwischen auch in der Bundesrepublik in den einschlägigen Forschungsinstituten zugänglich, z.B. an der Arbeitsstelle Politik des Modernen Vorderen Orients der Freien Universität Berlin.

kulturellen und religiösen Zentrum Jerusalem (Ost). Dieser unhaltbare Zustand existiert nun schon seit dem 30. März 1993⁵.

– Nichtfreilassung aller palästinensischen Gefangenen aus israelischer Haft. Israel hat bis heute nur die in der DOP zugesagten 5 000 Palästinenser aus israelischer Haft entlassen; mehrere tausend, darunter Frauen und Jugendliche, sitzen nach wie vor aus politischen Gründen ein.

– Eine verzweifelte ökonomische Situation überall in den palästinensischen Gebieten, gekennzeichnet durch massiv gestiegene Preise, u. a. im Immobilien- und Grundstücksmarkt mit Mieten, die von der Mehrzahl der Palästinenser nicht mehr bezahlt werden können, vor allem aber durch sehr hohe Arbeitslosenquoten: im November 1994 38 Prozent, davon in der Westbank 32 Prozent, im Gazastreifen sogar 48 Prozent. Im Dezember waren die entsprechenden Daten 42,8 Prozent : 35 Prozent in der Westbank, 54 Prozent im Gazastreifen. Hinzu kommt die ebenfalls seit Frühjahr 1993 andauernde weitgehende Aussperrung der Palästinenser vom israelischen Arbeitsmarkt und ihre schrittweise Ersetzung durch aus dem Ausland importierte Arbeitskräfte. Inzwischen arbeiten schon 60 000 davon im israelischen Baugewerbe.

– Das Problem nicht respektierter Menschenrechte. Die nüchterne Statistik reflektiert im September 1994, ein Jahr nach der Unterzeichnung

5 Bewohner der Westbank dürfen Ost-Jerusalem seitdem nur mit speziellen Passierscheinen betreten, die maximal für drei Monate gelten (im Gazastreifen gelten noch kompliziertere Bestimmungen; für seine Bewohner gibt es quasi eine doppelte Absperrung: an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel und an der Grenze Jerusalems). Diese Regelung ist ein Novum in der Geschichte der israelischen Besatzung und war bis 1993 unvorstellbar. (Eine Ausnahme bildete der Zweite Golfkrieg, als zum erstenmal die Westbank und der Gazastreifen vollständig abgeriegelt wurden.) Lehrer an palästinensischen Schulen in Ost-Jerusalem, Ärzte an palästinensischen Krankenhäusern, Geschäftsleute, Journalisten etc. gehören zu den wenigen Privilegierten, die überhaupt an diese Passierscheine herankommen. Jede Krise, ob von jüdisch-israelischer oder von palästinensischer Seite verursacht, führt zur sofortigen Suspendierung aller Passierscheine. Jeder, der aus beruflichen Gründen gezwungen ist, nach Ost-Jerusalem zu kommen, muß nun von neuem einen komplizierten Antragsprozeß durchlaufen, ehe er (vielleicht) einen neuen Passierschein erhält. Dies involviert stundenlanges, oft tagelanges Anstehen vor der jeweils zuständigen israelischen Militärbehörde in der Westbank. Nach dem letzten Selbstmord-Bombenanschlag von Beit Lid im Januar 1995 durften selbst Lehrer und Journalisten zwei Wochen nicht nach Ost-Jerusalem zur Arbeit gehen. Im Gazastreifen wird seit Etablierung der Palästinensischen Autorität der Antrag auf der palästinensischen Seite eingereicht und von der israelischen Seite bearbeitet, die schließlich eine Zusage oder Ablehnung über die palästinensische Seite an die Antragsteller erteilt.

der DOP, eine „Blutspur des Friedens“. Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselen wurden in diesem einen Jahr 119 Palästinenser durch israelische Sicherheitskräfte getötet, davon allein 55 im Gazastreifen. 18 davon waren Kinder im Alter zwischen neun und sechzehn Jahren. 17 der Getöteten wurden durch israelische „verdeckte Einheiten“, die als Araber verkleidet in den besetzten Gebieten operieren, erschossen. Dazu sind weitere 45 Tote zu addieren, die durch israelische Zivilisten ermordet wurden, davon allein 29 in dem durch einen israelischen Siedler verübten Massaker von Hebron am 25. Februar 1994. Auf der israelischen Seite fanden im selben Zeitraum 21 Zivilisten und acht Sicherheitsleute den Tod. Das Morden geht unvermindert weiter. Bis Dezember 1994 waren auf der palästinensischen Seite 195 Tote zu beklagen, auf der israelischen Seite 91. Diese letzte Zahl ist durch den Selbstmord-Bombenanschlag von Beit Lid am 22. Januar 1995 angestiegen auf 110, während bei den Palästinensern wiederum fast täglich Menschen erschossen werden, sowohl von Sicherheitskräften als auch von Siedlern. Nicht vergessen werden dürfen die Opfer der neuen Palästinensischen Autorität: Ein Gefangener wurde während der Haft in Gaza zu Tode gefoltert (Juli 1994), ein weiterer in der Haft in Jericho (Januar 1995). Während des Freitag-Massakers vor einer Moschee in Gaza wurden 14 Palästinenser erschossen und über zweihundert in einem Zusammenstoß zwischen der islamisch-fundamentalistischen Opposition, angeführt von Hamas, und der palästinensischen Polizei verletzt.

– Der nie gestoppte und seit Ende 1994 intensivierte Siedlungsbau in und um Jerusalem und in der Westbank mit immer neuen Landenteignungen, Siedlungsexpansion und Neugründungen von Siedlungen sowie einem rapide fortschreitenden Straßenbau, der ein ganzes Netz von Siedlungen in der palästinensischen Westbank mit dem Israel in den Grenzen von vor 1967 verbindet unter Umgehung palästinensischer Orte und auf der Basis extensiver Landenteignungen „im öffentlichen Interesse“. Die Auseinandersetzungen um das Dorf al-Khater, südlich von Bethlehem, wo die jüdische Siedlung Efrat „expandieren“ wollte, genauer: wo in der Nachbarschaft von Efrat neue Siedlungen gebaut werden sollten, waren nur der Auslöser, durch den auf ein immer schwelendes Problem aufmerksam gemacht wurde. Der Siedlungsbau in und um (Ost-) Jerusalem wird dabei von offizieller israelischer Seite vollständig ausgeklammert, da Jerusalem aus israelischer Sicht längst annektiert und in das israelische Staatsgebiet integriert wor-

den ist und damit nicht unter für die Westbank gegebene Versprechungen fällt. Inzwischen gibt es zum erstenmal in der Geschichte eine jüdische Mehrheit in Ost-Jerusalem, das heißt, daß in den Siedlungen rund um das arabische Ost-Jerusalem, das 1967 erobert und formell 1980 annektiert wurde, mittlerweile mehr jüdisch-israelische Siedler leben als Palästinenser in den noch arabischen Teilen der Ost-Stadt⁶. Und der Bauboom geht unvermindert weiter.

Nur auf diesem Hintergrund wird die eingangs gezeichnete Stimmung der Palästinenser – nach der anfänglichen Euphorie und den hohen Erwartungen unmittelbar im Anschluß an Oslo – verständlich, die weitverbreitete Verzweiflung, aber auch die Wut über das Ausbleiben des angestrebten und ersehnten Friedens. In diesem Kontext müssen auch die Attentate und Terroraktionen von Hamas bzw. der aus ihr entstandenen Izz el-Din al-Qassam-Gruppe und der Islamischer-Jihad-Gruppe gesehen werden, die gegen israelische Zivilisten und Militärs in Israel und den besetzten Gebieten verübt worden sind. Schließlich erwächst aus diesem Zusammenhang die Kritik an der palästinensischen politischen Führung unter Yassir Arafat und an den unter seiner Verantwortung geschlossenen Abkommen – ob in Oslo, Washington oder in Kairo.

II. Kritik am Kairoer Abkommen

Von der sich immer massiver äußernden Opposition auf der Straße wird Yassir Arafat inzwischen als Verräter gebrandmarkt. Viele kritisieren ihn und seine Führungsmannschaft als naiv und inkompetent. Andere konzentrieren sich ausschließlich auf den PLO-Vorsitzenden und prangern seinen autoritär-diktatorischen Stil an.

Der palästinensische Wissenschaftler und Publizist Edward Said – noch 1988 während der historischen Nationalrats-Sitzung in Algier, die einen unabhängigen Staat Palästina in direkter Nachbarschaft zu (und damit auch in Anerkennung von) Israel proklamierte, ein Anhänger und Bewunderer Arafats⁷ – klagt ihn seit Oslo des politischen Aus-

verkaufs an, der Aufgabe von unverzichtbaren historischen und politischen Positionen⁸.

Raja Shehadeh, palästinensischer Rechtsanwalt in Ramallah und Mitbegründer der Menschenrechtsorganisation al-Haq (ebenfalls Ramallah), greift in seiner Kritik am Kairoer Abkommen die legalen Aspekte heraus⁹. Für ihn garantiert das Abkommen den Fortbestand des Besatzungsrechts¹⁰ in der Westbank und in Gaza. In diesem Abkommen heißt es: „Laws and military orders in effect in the Gaza Strip or the Jericho Area prior to the signing of this Agreement shall remain in force, unless amended or abrogated in accordance with this agreement.“¹¹

Shehadeh vertritt die Meinung, daß die palästinensische Führung sich der darin enthaltenen Konzessionen an die israelische Seite nicht bewußt sei. Überhaupt habe man von seiten der Arafat-Führung legalen Details erstaunlich wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Noch in der DOP von Oslo/Washington vom 13. September 1993 sei eben diese Frage offengelassen worden: „Both parties will review jointly laws and military orders presently in force in remaining spheres.“¹²

Dabei verweist Shehadeh auf die oft übersehene Tatsache, daß nicht alle Militärverordnungen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten überhaupt bekannt sind. Allein seit Beginn der Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern seien über hundert neue Militärverordnungen erlassen worden (bis einschließlich März 1994). Drei Punkte greift Shehadeh in seiner Kritik heraus: Jurisdiktion im Bereich der Rechtsprechung, Jurisdiktion über Land und über Wasser.

Im Bereich der Rechtsprechung stellt das Kairoer Abkommen einen historischen Einschnitt dar, indem es zum erstenmal eine juristische Trennung zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern vornimmt: Israelische Siedler liegen seitdem außerhalb der Jurisdiktion palästinensischer Gerichte. Dies impliziert die Anerkennung durch die palästinensische Seite, daß für israelische Siedler,

6 Stand August 1993, nach „Ha'aretz“ vom 11. 8. 1993, zit. in: JPS, (1994) 92, S. 128; 150 600 Palästinenser leben in Ost-Jerusalem, während in den Siedlungen, die auf nach 1967 besetztem und enteignetem Land Ost-Jeruselems errichtet wurden, 152 800 jüdische Israelis leben. Daten von 1994 sprechen von 168 000 Israelis verglichen mit 154 000 Palästinensern in Ost-Jerusalem.

7 Vgl. Middle East Report, Nr. 158, 1989, S. 12–16.

8 Le Monde Diplomatique vom November 1994, S. 13. Vgl. auch Edward Saids Beitrag in: Le Monde Diplomatique vom November 1993.

9 Vgl. Raja Shehadeh, Questions of Jurisdiction: A Legal Analysis of the Gaza-Jericho-Agreement, in: JPS, (1994) 92, S. 18–25.

10 Vgl. ders., Occupier's Law, Washington, D. C. 1988².

11 Artikel VII.9 des Kairoer Abkommens (Anm. 2). Das Kairoer Abkommen umfaßt 186 Seiten sowie Karten, auf die im Text immer wieder Bezug genommen wird.

12 DOP, Artikel IX.2, zit. in R. Shehadeh (Anm. 9), S. 19.

auch in palästinensischen Gebieten, ausschließlich israelisches Recht gilt. Damit ist die Jurisdiktion palästinensischer Gerichte über das gesamte Territorium der 1967 besetzten Gebiete zum erstenmal ausdrücklich und mit Anerkennung der Palästinenser eingeschränkt worden.

Im Bereich der Jurisdiktion über das Land ist der Einschnitt nicht weniger tiefgreifend: Seit Kairo hat die palästinensische Seite die gesamten Planungsmaßnahmen der israelischen Besatzung anerkannt und akzeptiert, daß Änderungen nur mit israelischer Zustimmung durchgeführt werden dürfen, d. h., daß Israel in dieser Frage ein absolutes Vetorecht hat (Artikel II.B.32.b. von Annex II: Protocol Concerning Civil Affairs).

Das Kairoer Abkommen übergibt zwar in einem ersten Schritt alle Verfügungsgewalt über Wasserfragen an die Palästinensische Autorität, schränkt aber in einem zweiten Schritt sofort wieder entscheidend ein: Das Wasserversorgungssystem für israelische Siedlungen und Militärgelände steht nach wie vor unter israelischer Kontrolle und wird durch die israelische Wassergesellschaft Mekoroth betrieben. Auch in diesem dritten Punkt bestätigt das Kairoer Abkommen den Status quo zwischen Besatzungsmacht und Besetzten.

Seit 1979 ist die Westbank an das israelische nationale Wasserversorgungssystem angeschlossen. Bis dahin galt Militärverordnung Nr. 92, die die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington (vor der Unterzeichnung der DOP im September 1993) auch auf ausdrückliche Aufforderung hin nie einsehen durfte. Das Kairoer Abkommen rührt nicht an den bestehenden Proportionen im Wasserverbrauch zwischen palästinensischer Bevölkerungsmehrheit und israelischen Siedlern und dem Militär: „All pumping from water resources in the settlements and the Military Installation Area, shall be in accordance with existing quantities of drinking water and agricultural water... the Palestinian Authority shall not adversely affect these quantities“ (Annex II, Art. II.B.31.c).

Nach letzten Angaben aus dem Jahre 1993 (Weltbankbericht über die besetzten Gebiete) verbrauchen die Palästinenser nur 15–20 Prozent des in der Westbank jährlich verfügbaren Wassers, der Rest wird von israelischen Siedlern bzw. von Israel selbst in Anspruch genommen.

In allen drei zentralen Aspekten: Rechtsprechung, Land und Wasser wurde der Status quo durch das Kairoer Abkommen aufrechterhalten und anerkannt. Für Shehadeh reflektiert sich darin nicht

nur die israelische Machtüberlegenheit, der die Palästinenser kaum etwas entgegenzusetzen haben: Er konzentriert sich auf die seiner Meinung nach vermeidbaren Fehler, auf schnellstens zu eliminierende Schwächen der palästinensischen Verhandlungsführung. An erster Stelle sieht er dabei „mangelndes Interesse für die legalen Aspekte der Auseinandersetzung mit Israel“¹³.

Dieses mangelnde palästinensische Interesse für rechtliche Fragen drückte sich nicht zuletzt in der Zusammensetzung der palästinensischen Verhandlungsdelegationen aus, ob 1993 in Oslo oder 1994 in Kairo. Auf palästinensischer Seite begegnen wir zwei sehr erfahrenen und sicher herausragenden Geschäftsleuten, auf israelischer Seite wurde die Verhandlungsdelegation in Oslo sofort geändert, als sich eine ernstzunehmende Entwicklung abzeichnete: Man drängte die Politologen, die die Initiative zu den Verhandlungen ergriffen hatten, auf die Seite und holte statt dessen den Juristen (und ehemaligen Militär) Joel Singer sowie den Diplomaten Uri Savir¹⁴.

Noch frappierender wird die völlige Mißachtung juristischer Fragen auf der palästinensischen Seite, wenn man den ersten Beschluß Arafats als Vorsitzender der Palästinensischen Autorität betrachtet. In direktem Widerspruch zu Art. VII.9 des Kairoer Abkommens verkündete Arafat Ende Mai 1994: „The laws, regulations and orders in force before 5 June 1967 in the West Bank and the Gaza Strip shall remain in force until unified... This decision shall be effective as of this date (i.e. 20. Mai 1994) and shall be served on whoever shall execute it and shall be published in the official gazette.“¹⁵

Im Mittelpunkt der derzeitigen politischen Krise (seit Dezember 1994) in den besetzten Gebieten stehen die israelischen Siedlungen. Auch in dieser Frage hat das Kairoer Abkommen der israelischen Regierung weitgehend freie Hand gegeben. Zwar heißt es in Artikel II (Rückzug der israelischen Armee), daß sich die israelische Armee sofort nach Unterzeichnung des Abkommens aus dem Gaza-

13 R. Shehadeh (Anm. 9), S. 23: „This lack of interest in the legal aspects of our struggle with Israel is all the more puzzling since the adversary can be one of the most legalistic countries in the world, with a long and developed tradition of using law as an effective tool for control and exploitation.“

14 Vgl. dazu die aufschlußreiche Arbeit der BBC-Journalistin Jane Corbin, *Gaza First. The Secret Norway Channel to Peace between Israel and the PLO*, London 1994, die inzwischen auch in einer deutschen Übersetzung erhältlich ist.

15 Zit. in: R. Shehadeh (Anm. 9), S. 23. Die Verordnung wurde zuerst auf arabisch in der *Jerusalem Times* vom 24. Mai 1994 publiziert. Eine englische Übersetzung findet sich in *Foreign Broadcast Information Service Daily Report: Near East and South Asia* vom 22. Mai 1994.

streifen und Jericho zurückziehen soll. In Absatz 3 wird dies jedoch sofort wieder eingeschränkt und eigentlich für null und nichtig erklärt: Die Armee zieht nicht ab, sie bezieht lediglich andere Stellungen. Denn: „In order to carry out Israel's responsibility for external security and for internal security and public order of Settlements and Israelis, Israel shall, concurrently with the withdrawal, redeploy its remaining military forces to the Settlements and Military Installation Area, in accordance with the provisions of this Agreement.“¹⁶

Wegen seiner Verantwortung für die israelischen Siedlungen, die ohne Ausnahme bestehenblieben, sowohl in Gaza als auch in der noch besetzten Westbank, kann Israel einen Rückzug der Armee nicht einleiten, obwohl es diesem im Kairoer Abkommen zugestimmt hat. Dabei geht es nicht nur um die Siedlungen selber, sondern im direkten Anschluß daran um die Verbindungswege und Straßen zwischen israelischen Siedlungen und Israel selbst. Schon hier wird deutlich, daß die Crux nicht nur des Kairoer Abkommens, sondern auch des gesamten israelisch-palästinensischen Friedensprozesses die Siedlungen sind. Ohne eine Lösung der Frage von Fortbestand oder Aufgabe dieser nach Völkerrecht illegal errichteten israelischen Siedlungen quer durch die Westbank und den Gazastreifen wird der Friedensprozeß, wenn nicht sofort scheitern, so doch auf der Stelle treten.

Ein oft übersehenes Problem scheint mir in der Definition der Palästinensischen Autorität zu liegen, wie sie das Kairoer Abkommen vornimmt (Art. IV). Danach hat die Palästinensische Autorität gleichzeitig legislative und exekutive Macht und ist zudem noch verantwortlich für die Ausübung der Rechtsprechung. Damit hat einerseits Yassir Arafat eine verführerische Basis für die Errichtung einer Spielzeugdiktatur in Gaza und Jericho von Israels Gnaden. Andererseits scheint sich hier für Israel eine Hintertür anzubieten, um die im Abkommen vorgesehenen Wahlen noch weiter hinauszuschieben. Ebenso wie die Frage der Siedlungen muß dieser Punkt schnellstens geklärt werden, um überhaupt die Möglichkeit der Herausbildung annähernd demokratischer Strukturen in der palästinensischen Gesellschaft, und das nicht zuletzt als beste Garantie für einen israelisch-palästinensischen Frieden, zu gewährleisten.

Ungeklärt ist bis dato der freie Zugang zwischen Gaza und Jericho (Artikel XI). Die Realität sieht eher so aus, daß es nur für wenige Auserwählte die

Möglichkeit gibt, Gaza zu verlassen und nach Jericho zu fahren. Artikel XXIII.6 schließlich betont, daß die Westbank und der Gazastreifen eine territoriale Einheit konstituieren und als eine solche behandelt werden sollen, gerade auch in der Übergangsphase vor einer endgültigen Lösung.

Hier ist die Realität sicher am weitesten von den Kairoer Bestimmungen entfernt. Nirgendwo in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten kann derzeit von freier Mobilität innerhalb dieser territorialen Einheit die Rede sein. Die Armee ist jederzeit befugt und wendet diese Befugnis auch oft willkürlich an, auf Straßen innerhalb der Westbank, von und nach Jericho, Straßensperren zu errichten und jeden Verkehr zu stoppen.

Mit am direktesten betroffen sind davon die Studenten aus dem Gazastreifen, die an Universitäten in der Westbank studieren. Bis Dezember 1994 hatte lediglich eine Minderheit dieser Studenten es geschafft bzw. das Glück gehabt, eine Genehmigung zu erhalten, um aus dem Gazastreifen in die Westbank zu reisen, um dort in Birzeit, Bethlehem oder Nablus an der Universität zu studieren. Viele waren gezwungen, den Gazastreifen illegal zu verlassen und illegal in der Westbank zu leben, um ihr Studium nicht unterbrechen oder ganz aufgeben zu müssen. Nach dem Selbstmord-Bombenanschlag von Beit Lid sind wieder alle Passierscheine, auch für die Studenten, null und nichtig geworden.

III. Einstellungen und politische Positionen seit Oslo 1993

Wie reagiert die palästinensische Gesellschaft auf diese desolante Situation? Nach den Ergebnissen der seit September 1993 monatlich durchgeführten Umfragen des Palästinensischen Forschungsinstituts in Nablus zu schließen, sind die politischen Einstellungen in der Westbank und dem Gazastreifen erstaunlich pragmatisch¹⁷. Die Mehrzahl der Bewohner in den besetzten Gebieten und in Gaza und Jericho ist offensichtlich fähig und bereit, die Ebene der Verzweiflung und Wut hinter sich zu lassen, wenn es darum geht, politische Position zu beziehen. Die Antworten auf die Fragen der Meinungsforscher sind fast durchweg rational, gemessen an der von hoher Emotionalität geprägten soziopolitischen Umwelt des israelisch-palästinensischen Konfliktes.

¹⁷ Im folgenden stütze ich mich auf die Umfragen des CPRS in Nablus.

¹⁶ JPS (Anm. 2), S. 119.

Im September 1993 unterstützten 65 Prozent der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen das Gaza-Jericho-Abkommen (64,3 Prozent in der Westbank und 66,4 Prozent im Gazastreifen). 27,9 Prozent waren dagegen, und 6,6 Prozent konnten sich nicht für eine Stellungnahme entscheiden. 44,9 Prozent meinten, dieses Abkommen würde über kurz oder lang zu einem unabhängigen palästinensischen Staat führen, also zum lange gehegten nationalen Ziel aller Palästinenser, wo immer sie leben. Die PLO betrachteten über 75 Prozent als den legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes, folgten also nicht der negativen Propaganda der radikal-islamischen Opposition (Hamas, Islamischer Jihad) bzw. der radikal-nationalistischen Opposition (PFLP, DFLP), die durch die DOP die Legitimität der PLO beeinträchtigt sahen. Im Gegenteil, knapp 45 Prozent der Bevölkerung sahen durch das Abkommen die Legitimität der PLO sogar noch gestärkt. Die Opposition verfügte über nicht mehr als 25 Prozent der Bevölkerung, die dagegen von einer Reduzierung der Legitimität der PLO seit Oslo ausgingen.

Neben der weitverbreiteten Unterstützung für die DOP fällt die enorm hohe ökonomische Erwartungshaltung vom September 1993 auf: 65,4 Prozent waren überzeugt, die wirtschaftliche Lage würde sich verbessern, 19,4 Prozent waren unsicher, nur 15 Prozent glaubten nicht an eine positive Veränderung in Fragen der Wirtschaft. Der große Einbruch, ein Jahr nach Oslo, findet sich denn auch in der Einschätzung der Wirtschaftslage durch die palästinensische Bevölkerung: Nur 9,2 Prozent sagten im Herbst 1994 aus, die ökonomische Situation habe sich verbessert, 40,8 Prozent sahen im Gegenteil eine Verschlechterung, 50 Prozent sahen keinerlei Veränderung seit September 1993.

Diese radikale Meinungsverschiebung schlägt sich überraschenderweise kaum in den dezidiert politischen Einschätzungen nieder. Auch ein Jahr nach Oslo (am 1. Oktober 1994) waren noch knapp 52 Prozent klar für den Friedens- und Verhandlungsprozeß unter der Führung der PLO und Yassir Arafats bzw. unter der Führung der Palästinensischen Autorität, eine Verschiebung nach unten von etwas mehr als 13 Prozent. Im Lager der Verhandlungsbefürworter waren sogar 23,3 Prozent jetzt noch stärker für die Verhandlungen engagiert, 28,5 Prozent waren unverändert dafür. Im Lager der Opposition standen insgesamt 37,3 Prozent (1993 waren es nur 27,9 Prozent gewesen), 10,9 Prozent waren unsicher (1993 nur 6,6 Prozent).

Der Umschwung in dieser Frage fällt auf den Dezember 1994, also den Monat, in dem das Problem der israelischen Siedlungen in der Westbank die politische Bühne zu dominieren begann. Zum erstenmal seit Oslo votierte eine Mehrheit der Palästinenser für den permanenten oder vorübergehenden Stopp der Verhandlungen mit Israel (52,1 Prozent, davon 20,6 Prozent für einen permanenten, 31,5 Prozent für einen vorübergehenden Stopp). Nur noch 38,7 Prozent stimmten für eine Weiterführung der Verhandlungen. Ergänzend muß zur Kenntnis genommen werden, daß inzwischen 72,3 Prozent der Palästinenser glauben, daß Israel nicht mit Überzeugung hinter den Friedensverhandlungen steht (November-Umfrage).

In der Evaluierung der Palästinensischen Autorität überwiegt die Zurückhaltung; die Mehrzahl der Befragten meint im Herbst 1994, es sei noch zu früh, ein Urteil zu fällen, da die Führung unter Arafat erst wenige Monate vor Ort in Gaza gewesen sei (40,8 Prozent). 30,9 Prozent bewerteten die Arbeit der Autorität positiv, 21,2 Prozent fällen ein negatives Urteil. Die Kritiker finden sich vor allem im Gazastreifen (26,5 Prozent), während in der Westbank nur 17,6 Prozent sich unzufrieden äußern. Die Parteigänger der größten politischen Fraktion der Palästinenser, Fateh, sind zu 48 Prozent zufrieden mit der neuen Autorität, die des winzigen Koalitionspartners Fida (eine Abspaltung der DFLP, Democratic Front for the Liberation of Palestine, angeführt von Nayef Hawatima, mit Hauptquartier in Damaskus, links-nationalistisch orientiert) unter der Führung von Yassir Abed-Rabbo sind sogar zu 50 Prozent zufrieden mit ihrer neuen Regierung.

Die Kritiker finden sich hauptsächlich in der Opposition: Anhänger der PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine unter der Führung von George Habash, links-nationalistisch, aber bis 1990 weniger pro-sowjetisch als die DFLP) sind zu 53,2 Prozent unzufrieden mit der Autorität, Anhänger der sehr kleinen radikal-islamisch orientierten Islamischer-Jihad-Gruppe, der sich vor allem durch Selbstmordkommandos in Israel hervortut, sind zu 48,6 Prozent unzufrieden. Hamas (harakat al-muqawama al-islamiya/Bewegung des Islamischen Widerstandes, die größte radikal-islamische Organisation, 1988 aus der Muslimbrüderschaft entstanden) weist einen relativ niedrigen Anteil von 33,1 Prozent Kritik an der Palästinensischen Autorität in Gaza auf.

In der Einschätzung durch die Befragten schneidet die palästinensische Opposition weit schlechter ab als die Palästinensische Autorität: Nur 19,5 Pro-

zent waren ein Jahr nach Oslo mit der Politik der Opposition zufrieden (17,5 Prozent in der Westbank, 22,6 Prozent im Gazastreifen). Noch im Herbst 1993 hatten insgesamt 35,5 Prozent gemeint, die Haltung der Opposition sei der der PLO-Führung vorzuziehen (31,8 Prozent in der Westbank, 43,2 Prozent im Gazastreifen). 33,5 Prozent waren unzufrieden mit der Oppositionspolitik, 33 Prozent meinten, sich zu einem so frühen Zeitpunkt noch kein Urteil erlauben zu können, 13,9 Prozent hatten keine Meinung.

Die inhaltliche Kritik an Oslo und Kairo konzentriert sich auf die Vertagung der von Israelis und Palästinensern am heißesten umstrittenen Probleme: den Status von Jerusalem, die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten sowie die Frage der palästinensischen Flüchtlinge, die in den Kriegen 1948 und 1967 vertrieben wurden bzw. flüchteten. 59,9 Prozent vertreten die Meinung, daß es ein Fehler der palästinensischen Führung war, diese zentralen Fragen auf die Verhandlungen über eine endgültige Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes (final status talks) zu verschieben. Nur 31,7 Prozent waren mit der Entscheidung der Führung einverstanden, während 8,4 Prozent sich unsicher waren.

Die interessantesten Daten dieser ersten palästinensischen Meinungsumfragen sind sicher die Antworten auf die Frage nach der Wahlentscheidung, sollten die in Oslo verabredeten Wahlen endlich durchgeführt werden. Zum erstenmal in der palästinensischen Geschichte haben wir aussagefähige Daten über die Stärke der einzelnen politischen Gruppierungen, die in der Westbank und im Gazastreifen aktiv sind. Damit erhalten sowohl der interessierte Zeitgenosse als auch der Wissenschaftler erstmalig präzise Informationen zum palästinensischen Parteienspektrum, die verlässlicher sind als die mehr oder weniger sachkundigen Schätzungen von Journalisten und Nahostspezialisten (s. Tabelle).

Drei wichtige Ergebnisse stechen sofort ins Auge:

– *Fateh*, die größte palästinensische politische Organisation und unter der Führung von Yassir Arafat stehend, der sowohl Präsident des Exekutivkomitees der PLO als auch Vorsitzender der Palästinensischen Autorität mit Sitz in Gaza ist (in ihrer politischen Ausrichtung gemäßigt nationalistisch, eher in der Mitte als rechts oder links anzusiedeln), erhält seit September 1993 konstant mehr als 40 Prozent der Stimmen. Es besteht also, stützt man sich auf die Nabluser Umfragen, kein Zweifel darüber, wer die Wahlen gewinnen wird, sollten sie denn endlich stattfinden können.

Stimmenanteil der palästinensischen Gruppen (in Prozent)

	Nov. 1993	Nov. 1994	Dez. 1994
<i>Pro Palästinensische Autorität:</i>			
Fateh	41,3	42,3	43,1
Fida	3	1,1	0,8
People's Party (ehemals Pal. Komm. Partei)	3,0	1,3	0,8
<i>Islamische Opposition:</i>			
Hamas	14,6	17,4	16,6
Islamischer Jihad	3,3	3,7	2,6
<i>Links-säkulare Opposition:</i>			
PFLP	9	5,9	6,7
DFLP	2,3	1,1	1,4
<i>Unabhängiges Lager (islamisch und säkular):</i>			
Islam. Unabh.	9,3	3,1	3,7
Nationalist. Unabh.		6,3	4,9
Andere	14,2	17,8	19,4

Quelle: Umfragen der CPRS in Nablus.

– Die radikal-islamische Opposition ist trotz aller Unkenrufe weit schwächer als allgemein angenommen (trotz der immer wieder von Aktivisten aus ihren Reihen durchgeführten Selbstmord-Bombenanschläge, die in der palästinensischen Gesellschaft weitgehend positiv aufgenommen werden). Die größte islamische Oppositionsgruppe Hamas erhielt bis November 1994 nie mehr als 14 Prozent der Stimmen. Erst im November 1994 stieg ihr Stimmenanteil zum erstenmal auf über 17 Prozent an, im Dezember fiel sie jedoch wieder unter die 17-Prozent-Grenze. Addiert man die Stimmen für die kleine Islamischer-Jihad-Gruppe dazu, erhielt die gesamte islamische Opposition im November 1993 17,9 Prozent, im November 1994 21,1 Prozent, im Dezember 1994 19,2 Prozent. Die Auswirkungen des Massakers vor der Moschee in Gaza Mitte November 1994 schlugen sich hier deutlich nieder.

– Das Lager der Unabhängigen, die sich weder für die Arafat-Führung noch für die islamische Opposition entscheiden wollen, ist überraschend groß: 23 Prozent im November und 28 Prozent im Dezember 1994. Dabei stellt sich die Frage, ob hier das Potential für eine eher liberal-demokratisch ausgerichtete Partei angesiedelt ist, das möglicher-

weise von der im Dezember gegründeten Demokratischen Partei unter Führung von Haidar Abdel-Shafi, des „aufrechten alten Herrn“ aus Gaza, der für absolute Integrität und republikanische Werte steht, ausgeschöpft werden könnte¹⁸. Eine klare Antwort ist derzeit nicht möglich.

Durchaus vergleichbar sind die Antworten auf die Frage, wen man zum palästinensischen Präsidenten wählen wolle: Yassir Arafat erhält im November 44,2 Prozent der Stimmen, davon 37,2 Prozent in der Westbank und 55,3 Prozent im Gazastreifen. Im Dezember 1994 steigt sein Stimmenanteil auf 48,5 Prozent. Nur in Hebron – im Süden der Westbank – würde Arafat lediglich 28 Prozent erhalten. Im Dezember steigt auch dort sein Stimmenanteil auf 33,3 Prozent. Ahmad Yassin, der in israelischer Haft festgehaltene Führer von Hamas, kommt im November auf 19,7 Prozent, davon 23 Prozent in der Westbank und 14,6 Prozent im Gazastreifen. Im Dezember erhält er dagegen nur noch 18,4 Prozent. In Hebron erhält er noch im November die Mehrheit von 40 Prozent der Stimmen. Im Dezember votieren dort nur noch knapp 25 Prozent für ihn, während Haidar Abdel-Shafi auf überraschende 16,2 Prozent kommt. Im November erzielt Haidar Abdel-Shafi im gesamten Befragungsgebiet den dritten Platz mit 8,9 Prozent, noch vor dem langjährigen Militanten und PFLP-Führer George Habash mit 6,8 Prozent. Die entsprechenden Daten für Dezember sind 8,6 Prozent bzw. 5,8 Prozent.

Als interessant erweist sich ein Blick auf Hochburgen und Schwachpunkte Yassir Arafats: Der Norden der Westbank sowie Bethlehem, Jericho und Gaza wären im November 1994 sichere Wahlbezirke mit jeweils über 40 Prozent der Stimmen (Jericho über 50 Prozent, Gaza-Nord 46 Prozent, Rest von Gaza über 56 Prozent). In Ramallah, nördlich von Jerusalem, würde er nur 30 Prozent (Dezember 33,7 Prozent) auf sich vereinigen können, andere würden insgesamt 37,9 Prozent (Dezember 32,7 Prozent) erhalten. In Hebron hieße der Wahlsieger im November Ahmad Yassin (im Dezember dagegen Arafat), während in Jerusalem die Wahl ähnlich wie in Ramallah ausgehen würde: 25 Prozent für Arafat (Dezember 31,2 Prozent), 37,6 Prozent für alle anderen Kandidaten zusammen (Dezember 37,5 Prozent). Das Votum für demokratische Wahlen ist quer durch die Bevölkerung sehr hoch. In allen Umfragen sind es konstant über 70 Prozent, die sich an den Wahlen beteiligen wollen.

18 Zum Programm dieser Partei vgl. News from Within, XI (1995) 1, S. 31–32.

IV. Ausblick

Die Vereinigten Staaten sind heute ohne Zweifel die einzige globale Hegemonialmacht. In der Region Vorderer Orient ist Israel ebenso unumstritten die regionale Vormacht und hat damit ein für allemal den Status des Paria-Staates abstreifen können. Dies zeigte sich nirgends so deutlich wie auf dem im Herbst 1994 in Casablanca abgehaltenen Wirtschaftsgipfel, auf dem Israel zum erstenmal offiziell und in aller Öffentlichkeit mit arabischen Staaten, vor allem aus der Golfregion, zusammentreffen und verhandeln konnte. Die Palästinenser spielten auf diesem Gipfel eher die Rolle des Zaungastes.

Die politische Lösung, die sich derzeit in der Region herauskristallisiert, ist ohne Einschränkung die Lösung der USA und ihres Verbündeten Israel. Die Palästinenser sind der Juniorpartner in diesem Prozeß, auf den sie weitgehend keinen Einfluß ausüben können. Diese Tatsache muß sich der auswärtige Beobachter immer wieder vergegenwärtigen. Für die Palästinenser, die in diesem Prozeß stehen bzw. ihm ausgeliefert sind, stellt sich die Frage, inwieweit er überhaupt die Möglichkeit in sich birgt, daß das von den Palästinensern seit 1918 angestrebte politische Ziel eines unabhängigen palästinensischen Staates, für das sie nach 1948 im Rahmen der PLO (gegründet 1964), seit 1969 unter der Führung von Yassir Arafats Fateh (gegründet Ende der fünfziger Jahre) gekämpft haben, realisiert werden kann.

Im Titel meiner historischen Analyse der palästinensischen Nationalbewegung seit 1948¹⁹, ist angedeutet, welchen Widerspruch die Staatsgründung, das Ziel des langjährigen nationalen Befreiungskampfes, in sich birgt. Dieser Gegensatz zwischen pragmatischer Politik und revolutionärem Widerstand war niemals so deutlich und ausgeprägt wie seit Madrid 1991 bzw. Oslo 1993.

Kritiker der palästinensischen politischen Führung, Kritiker der aktuellen Situation auf der palästinensischen Seite, übersehen diesen Problembereich meist geflissentlich. Historisch gibt es bis heute kein Beispiel einer erfolgreichen, gewaltlosen und demokratischen Lösung dieses Widerspruchs. Es ist kaum zu erwarten, daß es die Palästinenser in ihrer äußerst komplizierten Situation sein werden, die diesen gordischen Knoten der Ge-

19 Vgl. Helga Baumgarten, Palästina: Befreiung in den Staat, Frankfurt/Main 1991; Mary McAuley, Soviet Politics 1917–1991, Oxford 1992, S. 24.

schichte als erste durchschlagen können. Im Gegenteil, sie konnten sich bis heute nicht von der Besatzung befreien, die in diesen Tagen oft schwerer auf ihnen lastet als je zuvor in der nun im dritten Jahrzehnt andauernden israelischen Besetzung, die keineswegs so gutwillig ist, wie das israelische Verlautbarungen gerne zeichnen²⁰.

Nicht nur für den israelischen Ministerpräsidenten Yitzak Rabin, sondern auch für Yassir Arafat, den Verantwortlichen der palästinensischen Autorität in Gaza, muß gelten, daß staatliche Herrschaft von den ihr untergebenen Bürgern akzeptiert werden muß, um Gültigkeit und Bestand zu besitzen. Für Yassir Arafat heißt das, daß die unter seiner Führung aufgebaute staatliche Autorität in Gaza so demokratisch wie möglich sein muß, um in dieser schwierigen historischen Phase breite Akzeptanz in der palästinensischen Bevölkerung zu finden. Das bedeutet, daß eine der Prioritäten im palästinensischen Staatsaufbau die Schaffung von staatlichen Institutionen sein muß, in denen an führender Position palästinensische Fachleute stehen, mit denen sich die PLO-Führer aus der Periode des nationalen Befreiungskampfes die Macht teilen müssen, so schwer ihnen dies auch fallen wird.

Gerade Yassir Arafat, der charismatische Führer des palästinensischen Nationalismus nach 1948, dürfte hier die größten Probleme haben. War es doch immer er, der im richtigen Moment die historisch anstehende Entscheidung für die Weiterentwicklung im palästinensischen Befreiungskampf traf, ob 1964/65 mit seiner Option für den bewaffneten Kampf, 1968 mit seinem Widerstand gegen einen israelischen Angriff bei Karama, vor allem aber 1974 mit der Entscheidung für die Option der Staatenbildung und letztlich der Anerkennung der Existenz Israels und schließlich 1988 mit der historischen Anerkennung Israels durch den Palästinensischen Nationalrat in Algier und der Entscheidung für die Etablierung eines palästinensischen Staates neben Israel in den Grenzen von 1948. Arafat trägt damit die historische Verantwortung sowohl für den bewaffneten Befreiungskampf der Palästinenser als auch für den durch die PLO seit 1974, endgültig 1988, eingeschlagenen Friedenskurs und Ausgleich mit Israel.

Für Arafat entscheidet sich derzeit, ob er in die Geschichte nur eingehen wird als Führer des natio-

nen Befreiungskampfes der Palästinenser oder ob er auch in der Lage sein wird, die Palästinenser in den Aufbaujahren eines potentiellen palästinensischen Staates anzuführen. Damit verknüpft ist das Problem, wie dieser Staat aussehen wird und ob die Erwartungen des Befreiungskampfes in ihm und durch ihn zu erfüllen sind.

Hier kann Arafat jedoch nicht im Alleingang vorgehen. Auch Israel wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Zweifel über die Bereitschaft und Fähigkeit, der Entwicklung einer demokratischen palästinensischen Gesellschaft Raum zu geben, sind derzeit bei beiden angemeldet. Und eine Antwort auf die Frage, wer die Herausbildung demokratischer Strukturen in der palästinensischen Gesellschaft dabei offensiver und entschlossener verhindert, fällt äußerst schwer.

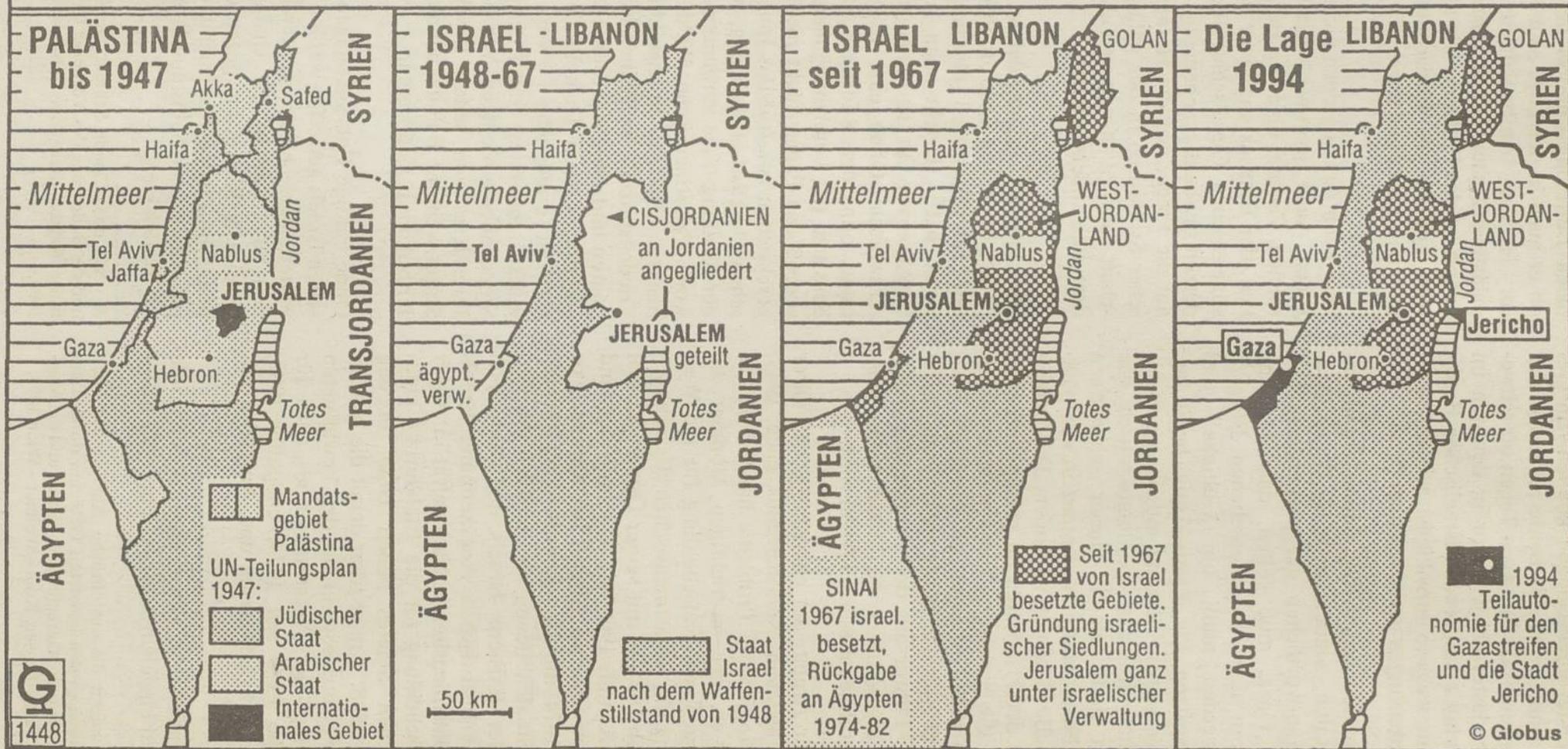
Die letztlich entscheidende Frage aber heißt heute, ob der in Oslo und Washington eingeleitete Friedensprozeß überhaupt noch eine Zukunft hat²¹. Urteilt man ausgehend von der Situation vor Ort, so finden sich dort einige klare Antworten: Ohne eine Lösung der Siedlungsfrage, ohne den sofortigen Stopp des Siedlungsbaus und der Landenteignungen ist der Friedensprozeß das Papier nicht mehr wert, auf dem er geschrieben ist. Auf das Innere der palästinensischen Gesellschaft bezogen, aber untrennbar mit der Siedlungsfrage verbunden, ist die zweite Antwort: Palästinensische Wahlen müssen in aller nächster Zukunft durchgeführt werden, um den Friedensprozeß palästinensischerseits zu legitimieren und um gleichzeitig die Entwicklung einer palästinensischen Demokratie auch nur im Ansatz zu ermöglichen. Was Jerusalem betrifft, müßte zumindest eines erreicht werden: ein Stopp aller einseitigen Veränderungen innerhalb Jerusalems von seiten Israels, d.h. vor allem Stopp weiterer Baumaßnahmen, die die Zukunft Jerusalems präjudizieren.

Ohne baldige Entscheidungen, die vor allem von seiten Israels getroffen werden müssen, ist nur eine weitere Verschärfung der gewaltbestimmten Situation zu erwarten, die charakterisiert ist durch israelische Repression gegen die gesamte palästinensische Zivilbevölkerung und durch immer neue palästinensische Selbstmordkommandos. Ein wahrer Teufelskreis.

20 Vgl. dazu zuletzt die ausführliche Analyse der Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten durch Ludwig Watzal, *Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*, Köln - Weimar - Wien 1994.

21 Vgl. dazu Claudia Schmid, *Der Israel-Palästina-Konflikt und die Bedeutung des Vorderen Orients als sicherheitspolitische Region nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden 1993.

Palästina und Israel



Quelle: Globus; redaktionelle Änderungen.

Konflikte um Wasser – ein Fallstrick für den Friedensprozeß im Nahen Osten?

I. Gegenseitige Abhängigkeit

Der Nahe Osten, der hier im engeren Sinne als die vier Staaten des Jordanbeckens Israel, Jordanien, Syrien, Libanon und die Westbank definiert wird, ist weltweit eines der Gebiete mit der größten Wasserknappheit. Konflikte um Wasser könnten daher zu einem Fallstrick für den Friedensprozeß im Nahen Osten werden, wenn dieser nicht durch zwei Elemente ergänzt wird: Wasserdiplomatie und Wassermanagement.

Gegenwärtig kontrolliert Israel noch den größten Teil der Gebiete, aus denen es sein Wasser bezieht. Dies wird sich nach einem vollständigen Abzug aus der Westbank und von den Golanhöhen drastisch ändern. Dann werden etwa 45 Prozent des gegenwärtigen israelischen Wasserverbrauchs aus Quellen stammen, die außerhalb der Grenzen Israels liegen¹. Auch Jordanien und die Westbank werden für ihre Wasserversorgung auf externe Quellen angewiesen sein, aber in geringerem Maße als Israel. Jordanien hofft, mehr als 20 Prozent seines Wasserverbrauchs aus dem bisher nur eingeschränkt nutzbaren Grenzfluß Yarmuk und aus dem Jordan zu decken. Auch die Palästinenser drängen auf ihren Anteil am Wasser des Jordan,

1 850 Millionen Kubikmeter (MKM)/Jahr, davon 500 MKM/Jahr aus der Westbank und 350 MKM/Jahr aus dem Jordanbecken. Der gesamte israelische Wasserverbrauch beträgt durchschnittlich etwa 1900 MKM/Jahr. Die Entnahme aus dem Jordanbecken wurde aus Angaben in T. Naff/R. Matson, *Water in the Middle East*, Boulder, Col. 1984 folgendermaßen berechnet: Der Gesamtzufluß in den See Genezareth setzt sich aus 340 MKM/Jahr aus israelischen Quellen (ca. 40 Prozent) und 500 MKM/Jahr (ca. 60 Prozent) aus arabischen Quellen (Hasbani, Baniyas, Wadis im Golan, Umleitung aus dem Yarmuk) zusammen. Daraus ergibt sich, daß 60 Prozent der von Israel durch den National Water Carrier dem See Genezareth entnommenen 500 MKM/Jahr aus arabischen Quellen stammen (= 300 MKM/Jahr). Dazu müssen 100 MKM/Jahr gezählt werden, die dem oberen Jordan entnommen werden und die zu 50 Prozent aus arabischen Quellen stammen (= 50 MKM/Jahr). Allerdings gibt es keine von allen Seiten akzeptierten Daten über die Wassermenge in Flüssen im Nahen Osten. Die Angaben in verschiedenen Veröffentlichungen weichen zum Teil stark voneinander ab. Die Ermittlung genauer hydrologischer Daten bleibt daher eine wichtige Aufgabe.

dessen Wasserspiegel durch die israelische Wasserentnahme aus dem See Genezareth zurückgegangen ist². Je weiter der Friedensprozeß voranschreitet, desto größer wird also die hydrologische Interdependenz im Jordanbecken. Einerseits werden alle drei Staaten in einigen Landesteilen den Oberlauf von Gewässern kontrollieren, auf die ihre Nachbarn angewiesen sind (d.h., sie sind Oberlieger). Andererseits liegen Teile derselben Staaten am Unterlauf von Gewässern, deren Oberlauf von ihren Nachbarn kontrolliert wird (d.h., sie sind Unterlieger):

- Israel – ohne die besetzten Gebiete – wird am oberen Jordan und am Yarmuk der Unterlieger gegenüber dem Libanon, Syrien und Jordanien sein. In der Küstenebene würde Israel außerdem Unterlieger gegenüber einem palästinensischen Staat in der Westbank sein. Nur am unteren Jordan ist Israel Oberlieger gegenüber Jordanien und den palästinensischen Gebieten im Jordantal.
- Ein palästinensischer Staat wird im Jordantal gegenüber Israel Unterlieger, aber in der Westbank gegenüber der israelischen Küstenebene Oberlieger sein³.
- Jordanien ist gegenüber Syrien am Yarmuk und gegenüber Israel am unteren Jordan Unterlieger, aber am Yarmuk gegenüber Israel Oberlieger⁴.

Politisch bedeutet diese internationale hydrologische Konstellation für Israel, einen palästinensischen Staat in der Westbank und im Gaza-Streifen

2 Vor allem durch die Wasserentnahme Israels aus dem See Genezareth durch den bis in den Negev reichenden National Water Carrier ist der Wasserspiegel im Toten Meer, in das der Jordan mündet, in den vergangenen 30 Jahren um 16 Meter gesunken.

3 Etwa 500 MKM/Jahr fließen unterirdisch aus der Westbank in die Grundwasserspeicher der israelischen Küstenebene und des Jezreel-Tals.

4 Sonderpositionen nehmen Syrien und der Libanon ein. Syrien ist im Jordanbecken ausschließlich Oberlieger. Allerdings ist Syrien am Euphrat, der für die Wasserversorgung des Landes ungleich wichtiger ist als Jordan und Yarmuk, Unterlieger gegenüber der Türkei. Der Euphrat wird gegenwärtig in der Türkei durch den Atatürk-Damm aufgestaut. Der Libanon ist gegenüber Israel (am Hasbani) und gegenüber Syrien (am Orontes) Oberlieger.

sowie für Jordanien, daß eine Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung der Wasservorräte unverzichtbar ist.

II. Wasserdiplomatie

Wasserdiplomatie ist die Kunst der gerechten Aufteilung grenzüberschreitender Wasserressourcen. Sie kann in drei Phasen unterteilt werden: die Einigung über Wasserrechte, die Überwachung der Wassernutzung und die Schlichtung von Auseinandersetzungen⁵.

1. Bisherige Anstrengungen

Bisher befindet sich die Wasserdiplomatie im Jordanbecken noch in der ersten Phase. Sie läuft parallel auf einer bilateralen und einer multilateralen Schiene. Auf der bilateralen Ebene konnten sich Israel und Jordanien in dem Friedensvertrag vom Oktober 1994 auf eine Aufteilung der Wasserrechte einigen. Mit der palästinensischen Seite und mit Syrien blieben bilaterale Verhandlungen in der Wasserfrage bisher ohne Erfolg.

In den multilateralen Verhandlungen konnte bisher keine Einigung über die Aufteilung der Wasserrechte im Jordanbecken erreicht werden. Seit Mai 1992 trafen sich Israelis, Palästinenser und Jordanier sechs Mal in der Arbeitsgruppe zu Wasserfragen im Rahmen der multilateralen Friedensverhandlungen⁶. Syrien und der Libanon haben sich an diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Eine Aufteilung der Wasserrechte, die alle Staaten des Jordan-Beckens einschließt, steht also noch aus.

2. Ungleiches Wasserverbrauch

Die Wasserdiplomatie muß bei der Festlegung von Wasserrechten mit berücksichtigen, daß der gegenwärtige Pro-Kopf-Verbrauch in Israel weit höher als in Jordanien und in den palästinensischen Gebieten liegt. Daher beanspruchen die arabi-

schen Staaten mehr Wasserrechte, während Israel seinen gegenwärtigen Wasserverbrauch rechtlich absichern möchte.

Insgesamt nutzt Israel etwa 1 900 Millionen Kubikmeter (MKM) Wasser pro Jahr⁷. Jeder der über fünf Millionen Einwohner Israels nutzt jährlich durchschnittlich etwa 390 Kubikmeter Wasser in Landwirtschaft (70 Prozent), Industrie (5 Prozent) und Haushalten (25 Prozent). Der Pro-Kopf-Wasserverbrauch für den häuslichen Gebrauch liegt bei 220 bis 250 Litern pro Tag⁸.

Die vier Millionen Einwohner Jordaniens verbrauchen etwa 800 MKM/Jahr oder 200 Kubikmeter Wasser pro Kopf und Jahr – etwa halb soviel wie in Israel. Wie in Israel verteilt sich der Verbrauch zu 70 Prozent auf die Landwirtschaft, zu 5 Prozent auf die Industrie und zu 25 Prozent auf die Haushalte.

Die etwa zwei Millionen Palästinenser verbrauchen 220 MKM/Jahr oder etwa 110 Kubikmeter pro Kopf und Jahr – mehr als dreimal weniger als in Israel⁹. Etwa 70 Prozent des Wassers werden in der Landwirtschaft und 30 Prozent in Haushalten und Kleinbetrieben verwendet.

Die israelischen Behörden haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um ein Ansteigen des palästinensischen Wasserverbrauchs über die im Jahre 1967 entnommene Menge hinaus zu verhindern¹⁰. Nur in einigen Fällen wird die gestiegene Nachfrage durch Kauf von Wasser aus dem israeli-

7 Vgl. Elias Salameh, Wasserressourcen der arabischen Länder. Merkmale, Möglichkeiten und Zukunftsaussichten, Projektstelle UNCED, DNR/BUND, Bonn 1992, S. 21. Beschorner spricht von nur 1750 MKM/Jahr für 1990; vgl. Natascha Beschorner, Water and Instability in the Middle East, Adelphi Paper 273, International Institute for Strategic Studies, London 1992, S. 11. Lowi nennt 1950 MKM/Jahr für 1988; vgl. Miriam R. Lowi, Water and Power. The politics of a scarce resource in the Jordan River basin, Cambridge 1993, S. 30.

8 In Deutschland beträgt im Vergleich dazu der Wasserverbrauch der Haushalte durchschnittlich 145 Liter pro Kopf und Tag. Der höhere Wert in Israel bei ähnlichem Lebensstandard erklärt sich zum Teil durch das wärmere Klima (u. a. höhere Bewässerung von Gärten im Sommer).

9 Vgl. N. Beschorner (Anm. 7), S. 13ff.

10 Vgl. M.R. Lowi (Anm. 5), S. 41; Gwyn Rowley, The West Bank: native water-resource systems and competition, in: Political Geography Quarterly, 9 (1990) 1, S. 46; Arnold Hottinger, Wasser als Konfliktstoff. Eine Existenzfrage für Staaten des Nahen Ostens, in: Europa-Archiv, (1992) 6, S. 154. So wurde den palästinensischen Gemeinden bisher nur in Ausnahmefällen von den israelischen Behörden das Bohren von neuen Brunnen erlaubt, während in israelischen Siedlungen neue Tiefbrunnen gebohrt werden durften. Dadurch sind in einigen Fällen flachere palästinensische Brunnen ausgetrocknet, und das damit bisher bewässerte Land wurde – weil es angeblich nicht mehr bewirtschaftet wurde – enteignet.

schen Netz gedeckt¹¹. Die Palästinenser werfen den Israelis vor, ihnen dabei höhere Preise als den israelischen Verbrauchern abzuverlangen¹².

3. Internationales Wasserrecht

Welche Ansprüche auf Wasser haben die Staaten am Oberlauf und am Unterlauf eines Flusses? Auf diese Frage gibt das internationale Wasserrecht keine eindeutige Antwort. Es wurden lediglich rechtliche Prinzipien entwickelt, die zumindest Hinweise auf die Beantwortung dieser Frage geben können.

Das internationale Wasserrecht betont die Prinzipien der „gerechten Aufteilung“ (equitable apportionment) und der „Vermeidung spürbaren Schadens“ (obligation not to cause appreciable harm)¹³. Diese Prinzipien lassen ausschließliche Rechtsansprüche der Oberlieger bzw. Unterlieger nicht zu: Ein Oberlieger kann nicht das gesamte Wasser eines Flusses für sich beanspruchen, während ein Unterlieger keinen Anspruch auf einen völlig unveränderten Zufluß erheben kann¹⁴. In jedem Einzelfall muß ein Kompromiß ausgehandelt werden, der sowohl historische Nutzungsrechte der Unterlieger als auch Quellrechte der Oberlieger berücksichtigt.

Wie weiter oben dargestellt, begünstigt die hydropolitische Konstellation im Jordanbecken einen solchen Kompromiß, da alle Staaten – bis auf den Libanon – gleichzeitig Ober- und Unterlieger sind. Kein Staat kann es sich leisten, sich konsequent auf eine einseitige Wasserrechtsposition festzulegen¹⁵.

11 Laut Jerusalem Water Undertaking geschieht dies in Ramallah; vgl. Jerusalem Water Undertaking, Ramallah District. Annual Review 191, Ramallah 1991, S. 17.

12 Vgl. Sharif S. Elmusa, Dividing the Common Palestinian-Israeli Waters: An International Water Law Approach, in: Journal of Palestine Studies, XXII (1993) 3, S. 63; M. R. Lowi (Anm. 5), S. 41; N. Beschoner (Anm. 7), S. 14.

13 Vgl. die Helsinki-Regeln der International Law Association von 1966 und den Entwurf einer Wasserrechtskonvention durch die International Law Commission der Vereinten Nationen von 1991.

14 Vgl. Dante A. Caponera, Principles of Water Law and Administration. National and International, Rotterdam-Brookfield 1992, S. 212f.; Joseph W. Dellapenna, The Role of International Law in Resolving Disputes over Internationally Shared Water Resources, Paper presented at the 1993 Conference of the Association for Middle East Studies, Coventry 1993, S. 13f.; Hisham Zarour/Jad Isaac, Nature's Apportionment and the Open Market: A Promising Solution to the Arab-Israeli Water Conflict, in: Water International, 18 (1993) 1, S. 48.

15 Der Entwurf einer Wasserrechtskonvention durch die International Law Commission der Vereinten Nationen von 1991 enthält völkerrechtliche Kriterien für die Aufteilung internationaler Wasserressourcen.

4. Der israelisch-jordanische Friedensvertrag: Ein erster Schritt zu einer umfassenden Wasseraufteilung

Am 26. Oktober 1994 wurde der Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien unterzeichnet und kurz darauf von beiden Parlamenten ratifiziert. Der Vertrag enthält im Annex II Vereinbarungen über die Aufteilung der Wasserressourcen des Jordan und des Yarmuk. Die Aufteilung ist von historischer Bedeutung, da es der erste Vertrag Israels zur Aufteilung grenzüberschreitender Wasserressourcen mit einem seiner Nachbarn ist. Entsprechende Verträge mit der palästinensischen Nationalbehörde, Syrien und dem Libanon stehen noch aus.

Der Vertrag gibt Jordanien das Recht auf den größten Teil des Wassers im Yarmuk – bis auf 45 MKM/Jahr für Israel – und Israel das Recht auf den größten Teil des Wassers im Jordan – bis auf 40 MKM/pro Jahr für Jordanien¹⁶. Ein gemeinsames Komitee, das von jedem Land mit je drei Mitgliedern besetzt wird, soll die Einhaltung der Bestimmungen überwachen¹⁷. Der Vertrag sieht ausdrücklich den Bau eines von Jordanien lange gewünschten Damms am Yarmuk vor. Außerdem soll ein kleinerer Damm am Jordan gebaut werden¹⁸.

So wichtig dieser bilaterale Vertrag für die Wasseraufteilung ist, so ist er doch nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Lösung. Palästinenser, Syrer und Libanesen sind in die Wasseraufteilung nicht einbezogen worden, obwohl sie Rechte am Wasser im Jordanbecken beanspruchen und ihnen diese Rechte gemäß dem Völkerrecht auch zustehen. Der Vertrag regelt nicht, ob Wasserrechte, die diesen drei Staaten in Zukunft gewährt werden, auf Kosten der Wasserrechte Israels oder Jordaniens vergeben werden. Das Konfliktpotential bezüglich der Wasseraufteilung bleibt daher weiter bestehen.

Bilaterale Verträge über die Wasseraufteilung im Jordanbecken können nur eine Teillösung sein. Eine vollständige Lösung kann nur durch eine multilaterale Vereinbarung der fünf Anrainerstaaten des Jordan erreicht werden. Die Vereinbarung zwischen Israel und Jordanien könnte ein Baustein für eine solche multilaterale Vereinbarung sein.

16 Peace Treaty, Annex II „Water-Related Matters“, Artikel I.

17 Vgl. ebd., Artikel VI.

18 Vgl. ebd., Artikel V.

5. Internationaler Handel mit Wasserrechten?

Bei jeglicher Aufteilung der Wasserrechte ist es wahrscheinlich, daß ein Staat mehr Wasserrechte zugesprochen bekommt, als er dauerhaft oder zu einem bestimmten Zeitpunkt verbrauchen möchte, während ein anderer Staat gleichzeitig mehr verbrauchen möchte, als ihm seine Wasserrechte erlauben. Daher sollten internationale Verträge über Wasseraufteilung die Möglichkeit enthalten, Wasserrechte dauerhaft (Verkauf) oder befristet (Verpachtung) international zu handeln. Der israelisch-jordanische Friedensvertrag sieht diese Möglichkeit nicht vor; sie könnte jedoch in einem israelisch-palästinensischen Friedensvertrag enthalten sein. Vor allem palästinensische Wissenschaftler haben vorgeschlagen, mit Wasserrechten zu handeln¹⁹. Israel müßte dann für das aus der Westbank zufließende Grundwasser bezahlen, und der palästinensische Staat könnte seine Entwicklung zum Teil durch die Verpachtung von Wasserrechten an das wirtschaftlich fortgeschrittene Israel finanzieren. Der Preis für das Wasser müßte zwischen beiden Staaten ausgehandelt werden.

III. Wassermanagement

Wasserdiplomatie ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung zur Entschärfung der Wasserprobleme im Nahen Osten. Eine Umverteilung des Wassers kann die Wasserknappheit in der gesamten Region nicht verringern. Eine umfassende Lösung muß daher auch Ansätze des Wassermanagements einschließen – die Kunst, Angebot an und Nachfrage nach Wasser zu den geringstmöglichen ökonomischen und ökologischen Kosten in Übereinstimmung zu bringen. Wassermanagement kann durch eine Ausweitung des Wasserangebots oder durch Senkung der Wassernachfrage erfolgen.

1. Angebotsausweitung: Teure Visionen

Israel, Jordanien und die palästinensischen Gebiete nutzen gemeinsam alle wirtschaftlich erschließbaren erneuerbaren Süßwasserressourcen innerhalb ihrer Landesgrenzen und beuten außerdem nicht-erneuerbare Grundwasservorräte aus. Zusätzliches Süßwasser kann langfristig nur importiert oder

19 Vgl. H. Zarour/J. Isaac (Anm. 14); Marwan Haddad, *An Approach for Regional Management of Water Shortages in the Middle East*, in: Ali I. Bagis (Hrsg.), *Water as an Element of Cooperation and Development in the Middle East*, Ankara 1994.

durch Entsalzung aus dem Meer gewonnen werden. Techniker haben zahlreiche Visionen in diesen beiden Richtungen entwickelt.

Einige dieser Vorschläge könnten im Rahmen des Friedensprozesses mit finanzieller Unterstützung des Auslands verwirklicht werden. Allerdings sind sie sehr teuer, und die meisten setzen eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region voraus, die vermutlich auch nach einer Friedenslösung schwierig sein wird.

Peace Pipeline aus der Türkei

Eine „Peace Pipeline“ könnte das Wasser der in das Mittelmeer mündenden türkischen Flüsse Seyhan und Ceyhan in den Nahen Osten transportieren. Durch die Beteiligung von mindestens fünf Staaten (Türkei, Syrien, Jordanien, Palästina, Israel) ist dieses Projekt – auch nach einem umfassenden Friedensschluß – politisch besonders heikel. Selbst wenn Konflikte mit Israel in Zukunft ausbleiben, sind innerarabische Konflikte sowie Konflikte zwischen der Türkei, den Kurden und arabischen Staaten wahrscheinlich. Ein Beispiel für zukünftiges Konfliktpotential ist die Auseinandersetzung zwischen Syrien, dem Irak und der Türkei um Euphrat und Tigris²⁰. Die Bereitschaft Israels, der Palästinenser, Jordaniens und Syriens, sowohl von der Türkei als auch voneinander in bezug auf ihre Wasserversorgung abhängig zu sein, ist daher begrenzt. Der Bau einer „Peace Pipeline“ würde vermutlich erst Jahre gegenseitiger vertrauensvoller Zusammenarbeit auf anderen Gebieten voraussetzen.

Umleitung des Litani

In der Vergangenheit ist Israel wiederholt von arabischer Seite vorgeworfen worden, das Wasser des libanesischen Litani-Flusses nach Israel umleiten zu wollen oder dies bereits zu tun²¹. Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin erklärte allerdings bei der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Jordanien in Washington im Juli 1994 an die Adresse Libanons: „Wir wollen keinen Tropfen libanesischen Wassers!“ Möglicherweise ist gegenwärtig ein Friedensabkommen mit dem Libanon für Israel wichtiger als der Zugriff auf das Wasser des Litani.

20 Nach Vollendung der im Bau befindlichen türkischen Dämme und Bewässerungsprojekte (GAP-Projekt) wird sich der Durchfluß des Euphrats halbieren.

21 Hottinger weist darauf hin, daß die im Süd-Libanon stationierte UNO-Truppe UNIFIL die Lage beobachtet: „Aus den öffentlichen Aussagen der UNIFIL-Offiziere scheint hervorzugehen, daß die Israeli bis heute keine größeren Pumpaktionen ins Werk gesetzt haben.“ Vgl. A. Hottinger (Anm. 10), S. 13.

Wasser aus dem Nil

Die Idee des Imports von Nilwasser in den Gaza-Streifen und nach Israel ist vor kurzem wieder aufgegriffen worden²². Bereits Theodor Herzl schrieb 1902 in seinem Tagebuch über den Plan, die Wüste Negev mit Nilwasser fruchtbar zu machen²³. Das Wasser könnte dem kürzlich fertiggestellten Salam-Kanal entnommen werden: Der Kanal führt Nilwasser in einem Tunnel unter dem Suez-Kanal hindurch und anschließend in einem offenen Kanal bis nach El Arisch unmittelbar an der Grenze zum Gaza-Streifen. Dieses Wasser soll jedoch zur Bewässerung des ägyptischen Sinai verwendet werden. Ägypten weigert sich bisher, dieses Wasser auch Israel zur Verfügung zu stellen. Auf einer Konferenz in Lausanne im Jahr 1990 lehnten die Ägypter einen entsprechenden israelischen Vorschlag strikt ab. In Ägypten selbst werde das Wasser inzwischen knapp, und ein Wasserexport komme nicht in Frage²⁴.

Auch wenn das Nilwasser nicht bis nach Israel kommt, könnte doch der im Bau befindliche ägyptische Kanal in den Gaza-Streifen verlängert werden. Allerdings könnte die schlechte Qualität des Nilwassers problematisch sein. Das Wasser wird dem Strom nahe seiner Mündung entnommen und enthält unzureichend geklärte städtische und industrielle Abwässer sowie verschmutzte Rückflüsse aus der Landwirtschaft. Teure Reinigungsverfahren wären notwendig, um das Nilwasser auf Trinkwasserqualität aufzubereiten.

Wasserimport zur See

Ein anderer Vorschlag zum Wasserimport in den Nahen Osten stammt von der kanadischen Firma Medusa. Medusa hat gigantische Plastikcontainer entwickelt, die von Schleppern über das Mittelmeer gezogen werden sollen, um Süßwasser zu transportieren. Das Wasser soll von dem türkischen Fluß Manavgat stammen und nach Israel oder in den Gaza-Streifen exportiert werden. Wasser aus dieser Quelle ist deutlich billiger als entsalztes Meerwasser oder als Wasser aus der „Peace Pipeline“²⁵.

22 Vgl. Elisha Kally, *A Middle East Water Plan Under Peace*. The Armand Hammer Fund for Economic Cooperation in the Middle East, Tel Aviv 1986; Hillel I. Shuval, *Approaches to Resolving the Water Conflicts between Israel and her neighbours – a Regional Water-for-Peace-Plan*, in: *Water International*, 17 (1992) 3.

23 Vgl. Klaus Polkehn, *Krieg um Wasser?*, Berlin 1992, S. 158.

24 Vgl. A. Hottinger (Anm. 10), S. 157.

25 George E. Gruen, *International Regional Cooperation: Preconditions and limits*, in: A. I. Bagis (Hrsg.) (Anm. 19), S. 283.

Meerwasserentsalzung

Alle Vorschläge zum Wasserimport haben den Nachteil, daß die Wasserversorgung im Fall einer Krise unterbrochen werden kann. Daher favorisieren einige Wasserplaner die Entsalzung von Meerwasser innerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen. Umstritten ist allerdings die Wirtschaftlichkeit der Anlagen. Die geschätzten Kosten für die Entsalzung von einem Kubikmeter Meerwasser weichen je nach der Quelle der Berechnung stark voneinander ab und liegen zwischen 0,75 und zwei US-Dollar. Die gesamten Kosten der Meerwasserentsalzung sind höher als der Ertrag eines Kubikmeters Wasser in der Landwirtschaft und auch höher als die Zahlungsfähigkeit der verarmten palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen. Allein israelische Haushalte und Industriebetriebe könnten sich solch teures Wasser leisten.

In jüngster Zeit ist die alte Idee wieder aufgenommen worden, die für den Betrieb von Meerwasserentsalzungsanlagen notwendige Energie durch Ausnutzung des 400 Meter hohen Gefälles zwischen dem Meeresspiegel und dem Toten Meer zu gewinnen. Die Idee wurde in zwei Varianten vorgebracht:

- Zum einen könne Wasser aus dem Mittelmeer in das Tote Meer geleitet werden (Med-Dead-Canal). Dieses Vorhaben könnte auf dem Gebiet Israels in den Grenzen von vor 1967 verwirklicht werden.
- Zum anderen könnte im Arava-Tal an der Grenze zwischen Israel und Jordanien eine Pipeline gebaut werden, die Wasser aus dem Roten Meer entnimmt (Red-Dead-Canal).

Beide Projekte – der Kanal aus dem Mittelmeer und der aus dem Roten Meer – sollen außerdem das Absinken des Wasserspiegels im Toten Meer aufhalten²⁶. Die Entsalzung auf diesem Weg ist unter Umständen noch teurer als die Entsalzung unter Verwendung fossiler Energieträger.

2. Nachfragesteuerung: Hohe Einsparpotentiale

In allen Sektoren, vor allem jedoch in der Landwirtschaft, bestehen Potentiale zur Wassereinsparung. Ein Weg, diese Einsparpotentiale auszu-

26 Allerdings sollte der Wasserspiegel nicht über sein ursprüngliches Niveau steigen, da sonst die Verdunstungsbecken im südlichen Teil des Toten Meeres überschwemmt werden, mit deren Hilfe Israel und Jordanien wertvolle Rohstoffe gewinnen.

schöpfen, ist die Anhebung der bisher stark subventionierten Wassertarife. Bislang wird in allen Staaten der Region Wasser subventioniert und damit Verschwendung begünstigt. In Israel werden dafür jährlich etwa 200 Millionen US-Dollar bereitgestellt²⁷. In Jordanien wird die Subvention der Wasserbereitstellung auf jährlich 75 Millionen US-Dollar geschätzt²⁸. Die Einsparung von Wasser ist in den meisten Fällen billiger als die Ausweitung des Wasserangebots.

Landwirtschaft

Etwa 70 Prozent des Wassers in Israel, den palästinensischen Gebieten und Jordanien wird in der Landwirtschaft verbraucht. Um in der Landwirtschaft Wasser zu sparen, gibt es zwei Wege:

- Der Wasserbedarf wird durch den Einsatz neuer Technologien oder die Veränderung des Anbaumusters gesenkt, wobei Beschäftigung, Einkommen und Produktion in der Landwirtschaft weitgehend aufrechterhalten werden oder sogar steigen.
- Die Bewässerungslandwirtschaft wird reduziert, wobei für die freigesetzten Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Sektoren geschaffen werden müssen.

Wassersparende Technologien: Auf dem ersten Weg sind alle drei Staaten bereits weit vorangeschritten: Die Tropfbewässerung, bei der das Wasser in perforierten Plastikschräuchen unter Druck direkt an die Wurzelzone der Pflanzen herangeführt wird, ermöglicht es, durch Reduzierung von Sicker- und Verdunstungsverlusten bis zu 50 Prozent Wasser einzusparen. Gleichzeitig steigen bei vielen Anbauprodukten die Erträge erheblich an, so daß sich die Anschaffungskosten der neuen Anlage amortisieren. Die Tropfbewässerung ist heute in Jordanien und Israel weit verbreitet²⁹. Auch in den palästinensischen Bewässerungsprojekten in der Westbank wird oft Tropfbewässerung verwen-

27 Vgl. Richard Sexton, Perspectives on the Middle East Water Crisis: Analysing Water Scarcity Problems in Jordan and Israel, ODI/IIMI Irrigation Management Network, Paper 90/3f, Dec. 1990, S. 23.

28 Vgl. Manuel Schiffler, Nachhaltige Wassernutzung in Jordanien. Determinante, Handlungsfelder und Beiträge der Entwicklungszusammenarbeit, DIE, Berlin 1993, S. 32 und 35.

29 Laut Angaben der International Commission on Irrigation and Drainage (ICID) werden in Israel 49 Prozent und in Jordanien nur 21 Prozent der Fläche mit Tropfsystemen bewässert (S. Postel, Last Oasis, Washington, D.C. 1992, S. 105). Nach anderen Angaben beträgt der Anteil der Tropfbewässerung in Jordanien jedoch 59 Prozent; vgl. PRIDE/USAID, A Water Management Study for Jordan, Washington, D.C. 1992, S. 1-33.

det. Dennoch sind technische Einsparpotentiale vorhanden, deren Ausschöpfung durch ökonomische Anreize begünstigt wird.

Strukturwandel und Weltmarktintegration: Der zweite Weg zur Einsparung von Wasser in der Landwirtschaft, nachdem das technische Einsparpotential ausgeschöpft ist, besteht in der Reduzierung der Bewässerungslandwirtschaft.

Wirtschaftlich hat die Bedeutung der Landwirtschaft in Israel und Jordanien ohnehin abgenommen. In Jordanien erwirtschaftet die Landwirtschaft sieben Prozent des Bruttosozialprodukts, in Israel mittlerweile sogar nur noch drei Prozent. Der durchschnittliche Ertrag pro Kubikmeter Wasser wird für die israelische Landwirtschaft auf gegenwärtig etwa 0,37 US-Dollar geschätzt³⁰.

Der Grenzertrag des Wassers in der Landwirtschaft liegt unter den oben genannten Kosten der Angebotsausweitung durch Wasserimport oder Meerwasserentsalzung. Wassereinsparungen in der Landwirtschaft sind also volkswirtschaftlich effizienter als eine kostspielige Angebotsausweitung³¹.

Viele Kibbuzim und Moshavim haben bereits die Konsequenzen aus der geringen Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft gezogen und investieren stärker als zuvor im Industrie- und Dienstleistungsbereich. In den Kibbuzim liegt das Verhältnis zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion inzwischen bei ungefähr 50 : 50³².

Das in der Landwirtschaft eingesparte Wasser könnte in der Industrie produktiver verwendet werden. In Jordanien ist beispielsweise die Wasserproduktivität (Wertschöpfung pro Kubikmeter Wasser) in der Industrie 40 mal höher als in der Landwirtschaft, und in der Industrie können pro Kubikmeter Wasser 13 mal mehr Arbeits-

30 Vgl. Nir Becker, The Value of Institutional Change in Moving from Central Planning to a Market System: Implications from the Israeli Water Sector, Paper presented at the International Workshop on Economic Aspects of International Water Resources Utilization in the Mediterranean Basin, Fondazione ENI Enrico Mattei, Milan, October 8-9, 1993, S. 11; vgl. N. Beschorner (Anm. 7), S. 12. Wenn die zahlreichen Subventionen für die Landwirtschaft und der Protektionismus berücksichtigt würden, läge der Ertrag vermutlich noch niedriger. Der Ertrag der unwirtschaftlichsten Anbauprodukte (Grenzertrag), auf die bei einer Wasserverteuerung zuerst verzichtet würde, liegt noch niedriger.

31 Vgl. J.A. Allan, Water in the Arab Middle East: Availability and Management Options, in: A. I. Bagis (Hrsg.) (Anm. 19).

32 Vgl. Michael Wolffsohn, Israel. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Opladen 1991, S. 316.

plätze geschaffen werden als in der Landwirtschaft³³.

Ein beschleunigter Strukturwandel von der Bewässerungslandwirtschaft hin zu Industrie und Dienstleistungen könnte für eine steigende Bevölkerung über Jahrzehnte ausreichend Wasser freisetzen.

Handelbare Wasserrechte

Wie soll jedoch die Wassereinsparung in der Landwirtschaft herbeigeführt werden? Eine wichtige Frage bei der Nachfragesteuerung in der Landwirtschaft ist, wem das Recht an dem Wasser zugesprochen wird. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten:

- Das Wasserrecht gehört dem Staat. Dieser könnte – den politischen Willen vorausgesetzt – die Tarife heraufsetzen, bis die Landwirtschaft sich das Wasser nicht mehr leisten kann und es für den städtischen Verbrauch freigesetzt wird. Die Anpassungskosten müßten von der Landwirtschaft getragen werden (Gebührenlösung).
- Das Wasserrecht gehört den Landwirten. Diese können ihr Recht auf einem Markt für Wasserrechte verkaufen. Die städtischen Verbraucher würden die Landwirte entschädigen. Mit der Entschädigung könnten die Landwirte entweder Investitionen in wassersparende Anlagen finanzieren, oder sie hätten ein Startkapital für den Aufbau einer neuen Existenz außerhalb der Landwirtschaft. Die Anpassungskosten müßten von den städtischen Verbrauchern und den Landwirten (Aufbau einer neuen Existenz) gemeinsam getragen werden (Marktlösung)³⁴.

Diese beiden Möglichkeiten müssen sich nicht ausschließen. Wenn zum Beispiel das Wasser von einem Wasserversorgungsbetrieb unter hohen Kosten aus einer entfernten Region bereitgestellt wird, liegt eine Gebührenerhöhung nahe. Wenn allerdings die Wasserquelle auf dem Grundstück des Landwirts liegt, bietet sich eine Marktlösung an.

Im Nahen Osten ist der reine Handel mit Wasserrechten (Marktlösung) – sei es innerhalb eines Staats, sei es zwischen Staaten – noch unbekannt. Nach dem gegenwärtigen israelischen und jordanischen

33 Vgl. Manuel Schiffler/Hans Köppen/Renate Lohmann/Alexandra Schmidt/Annette Wächter/Christian Widmann, *Water Demand Management in an Arid Country. The Case of Jordan with Special Reference to Industry*, Berlin 1994.

34 Ein solches System handelbarer Wasserrechte funktioniert beispielsweise im trockenen Norden Chiles. In Kalifornien fand ein Wasserhandel in Form eines Vertrags zwischen dem Imperial Irrigation District und der Stadt Los Angeles statt.

Wasserrecht ist Wasser Staatseigentum und kann an sich nicht verkauft werden³⁵. Allerdings wird in Jordanien in einzelnen Fällen beim Verkauf von Land auch das vom Staat gewährte Recht zur Wasserentnahme mit übertragen, was einem Handel mit Wasserrechten nahekommt.

Haushalte

In den Haushalten ist insgesamt wenig Wasser einzusparen. Zwar können wohlhabende Haushalte deutliche Wassermengen einsparen, doch gleichzeitig wird der Pro-Kopf-Verbrauch der ärmeren Haushalte vermutlich steigen. Höhere Tarife könnten den durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch bestenfalls stabilisieren. Die finanzielle Belastung der ärmeren Haushalte durch höhere Tarife ist tragbar, wenn weiterhin die in der Region üblichen progressiven Tarife angewandt werden, d.h., für niedrige Mengen niedrige Kubikmeterpreise verlangt werden.

Industrie

In der Industrie, die mit fünf Prozent in Israel und in Jordanien einen geringen Anteil am Wasserverbrauch hat, scheinen die Einsparpotentiale ebenfalls gering zu sein. In Israel haben die Behörden durch Auflagen durchgesetzt, daß die meist aus dem Netz versorgten Industriebetriebe wassersparende Technologien verwenden. In Jordanien, wo die großen Industriebetriebe eigene Brunnen betreiben, wurden oft wassersparende Technologien eingesetzt, weil die Brunnen nicht genügend Wasser fördern können, um wasserintensive Kühlsysteme oder Produktionsverfahren zu betreiben³⁶.

3. Innenpolitische Blockade: Starke Lobby für die Landwirtschaft

Allerdings stehen einem Strukturwandel von der Landwirtschaft zu Industrie und Dienstleistungen mächtige Interessen entgegen, und er wird durch die institutionellen Strukturen behindert. In allen drei Ländern bereitet die Erkenntnis, daß die Landwirtschaft aufgrund der Wasserknappheit ihre Grenzen erreicht hat und eventuell reduziert werden muß, den Politikern und der Öffentlichkeit Kopfzerbrechen.

35 Vgl. Ronald H. Schmidt/Steven E. Plaut, *Water Policy in California and Israel*, in: *Economic Review*, Federal Reserve Bank, San Francisco 1993, S. 44; *Water Authority Law*, The Hashemite Kingdom of Jordan, Ministry of Water and Irrigation, Amman 1988.

36 Vgl. M. Schiffler u. a. (Anm. 33).

Israel

Der Wasserektor wird in Israel in hohem Maß durch landwirtschaftliche Interessengruppen dominiert³⁷. So untersteht der Water Commissioner, der die Wasserquoten für landwirtschaftliche Betriebe festlegt, dem Landwirtschaftsministerium.

Der Stellenwert der Landwirtschaft ist auch im Bewußtsein der israelischen Öffentlichkeit hoch. In Israel war die Fruchtbarmachung der Wüste ein zentrales Ziel der zionistischen Bewegung. Die Bereitstellung von Wasser war dabei eng mit der Landesverteidigung verbunden. Da bei der Unabhängigkeit 1948 weite Teile Israels, insbesondere in den Grenzgebieten, nicht von Juden bewohnt waren, wurde eine gleichmäßigere Bevölkerungsverteilung zum Staatsziel erhoben. Oder mit den Worten von David Ben Gurion: „Wir müssen zu den Grenzen gehen oder die Grenzen kommen zu uns.“³⁸ Nicht zuletzt dienten die in der Bewässerungslandwirtschaft unter hohem Kapitaleinsatz erzielten Erfolge auch als Rechtfertigung für die Besiedlung des Landes, das die Araber zuvor „ungenutzt“ gelassen hätten.

Palästinensische Gebiete

In den palästinensischen Gebieten liegt die Trinkwasserversorgung in der Hand der Gemeinden und kommunaler Betriebe. Aufgrund des Fehlens einer staatlichen Wasserbehörde müssen die kommunalen Betriebe – anders als in Israel und Jordanien – ohne Subventionen auskommen und kostendeckende Tarife erheben. Auch die bescheidene Bewässerungslandwirtschaft in den besetzten Gebieten erhält nicht die der israelischen Landwirtschaft gewährten Vergünstigungen. Die Kosten der wenigen bestehenden Brunnen müssen von den Landwirten selbst getragen werden. Für die Zukunft wird mit einer Ausdehnung der Bewässerungslandwirtschaft gerechnet.

Jordanien

In Jordanien sind – ähnlich wie in Israel – die Vertreter landwirtschaftlicher Interessen einflußreich. Für die Wasserwirtschaft ist formal das Ministerium für Wasser und Bewässerung zuständig. Wichtige Entscheidungen, wie die Anpassung

der Tarife, werden allerdings in letzter Instanz vom Kabinett getroffen. Dort fließen die Interessen aller Ressorts, einschließlich des Landwirtschaftsministeriums, ein. Im Kabinett und in den höheren Rängen der Verwaltung sind die Palästinenser, die in Dienstleistungen und Industrie stark vertreten sind und etwa die Hälfte der Bevölkerung des Königreichs stellen, unterrepräsentiert. In einflußreichen Positionen dominieren die „ursprünglichen“ Jordanier, die in höherem Maß über Landbesitz verfügen und in der Bewässerungslandwirtschaft aktiv sind.

Nur noch sieben Prozent der jordanischen Bevölkerung sind heute in der Landwirtschaft beschäftigt. Jordanier machen jedoch nur etwas über die Hälfte der Beschäftigten in der jordanischen Landwirtschaft aus³⁹. Die übrigen sind zum größten Teil ägyptische Wanderarbeiter, die bereit sind, zu geringeren Löhnen und schlechteren Bedingungen als Jordanier zu arbeiten.

Abhängigkeit durch Nahrungsmittelimporte?

Angesichts der instabilen politischen Lage in der Region befürchten vor allem viele arabische Staaten, eine Einschränkung der Landwirtschaft würde wegen dadurch erforderlicher höherer Nahrungsmittelimporte ihre Abhängigkeit vom Ausland erhöhen. Diese Furcht verstärkt sich dadurch, daß die wichtigsten gegenwärtigen – und voraussichtlich auch die zukünftigen – Getreideexporteure in Nordamerika und Europa liegen. In Jordanien machen die Importe inzwischen 90 Prozent des Getreideverbrauchs aus. Die UNO-Embargos gegen den Irak (seit 1990) und gegen Libyen (seit 1992) haben weiter die Angst geschürt, bei der Versorgung mit diesem strategischen Gut abhängig zu sein – obwohl aus humanitären Gründen keines der UNO-Embargos Nahrungsmittel einschloß.

Eine völlige Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wäre jedoch in Israel, den palästinensischen Gebieten und Jordanien bei der gegenwärtigen Bevölkerungszahl aufgrund der Wasserknappheit nur unter enormen wirtschaftlichen und ökologischen Kosten denkbar. Faktisch haben alle drei Staaten nur die Wahl zwischen der bereits jetzt hohen und einer noch höheren Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten.

37 Vgl. Peter Wolff, *Durstiges Israel. Eine kritische Betrachtung zur wasserwirtschaftlichen Situation Israels*, Gesamthochschule Kassel – Universität, Arbeiten und Berichte Nr. 28, Witzenhausen 1992, S. 10; R. H. Schmidt/S. E. Plaut (Anm. 35), S. 44; R. Sexton (Anm. 27), S. 21 f.

38 M. R. Lowi (Anm. 7), S. 36.

39 1992 arbeiteten 44 400 Jordanier und 36 200 Nicht-Jordanier in der Landwirtschaft. Wenn die Beschäftigten aller Nationalitäten einbezogen werden, haben die Beschäftigten in der Landwirtschaft einen Anteil von zwölf Prozent an der Gesamtbeschäftigung.

IV. Schlußfolgerungen

Damit Konflikte um Wasser nicht zu einem Fallstrick im Friedensprozeß werden, sollte die gegenwärtige Wasserdiplomatie im Nahen Osten durch Wassermanagement ergänzt werden. Zentrale Elemente des Wassermanagements in Trockengebieten sind höhere Wassertarife und die Einsparung von Wasser in der Landwirtschaft

Erfolgreichem Wassermanagement stehen jedoch in Israel und in Jordanien innen- und außenpolitische Interessen entgegen. Diese Interessen könnten zu einem Teufelskreis führen: Außenpolitische Argumente – gegenseitiges Mißtrauen, das sich in der Aufrechterhaltung von Grenzsiedlungen auf israelischer Seite und der Sicherung eines hohen Selbstversorgungsgrads mit Nahrungsmitteln auf arabischer Seite äußert – blockieren die Wassereinsparung in der Landwirtschaft. Durch den steigenden Wasserbedarf auf beiden Seiten wird wie-

derum eine Einigung über die Aufteilung der Wasserrechte erschwert und damit der Friedensprozeß insgesamt behindert.

Allerdings könnte diese Wirkungskette auch umgekehrt werden: Wenn genügend Vertrauen in die Dauerhaftigkeit des Friedens besteht, werden die außenpolitischen Argumente für die Begünstigung der Landwirtschaft wirkungslos. Wasser könnte eingespart werden, und der dadurch gewonnene Spielraum würde eine Einigung über die Aufteilung der Wasserrechte erleichtern, wodurch wiederum der Friedensprozeß gefestigt würde.

Die Wasserkrise ist wirtschaftlich und technisch lösbar. Eine Lösung wird allerdings durch innenpolitische Faktoren (die traditionelle Bevorzugung der Landwirtschaft) und außenpolitische Faktoren (das andauernde gegenseitige Mißtrauen) erschwert. Vor allem aufgrund dieser politischen Interessen, und nicht in erster Linie aufgrund von Wasserknappheit, ist eine Lösung der Wasserprobleme im Nahen Osten so schwierig.

Der Krieg zwischen Irak und Iran

Der Krieg Irak-Iran begann am 22. September 1980. Saddam Husseins Luftwaffe versuchte in den Morgenstunden dieses Tages, die iranische Luftwaffe auf ihren Flugplätzen zu zerschlagen. Und die irakische Armee überschritt anschließend die Staatsgrenzen, um die iranische Erdölprovinz Khuzestan zu erobern. Doch der Coup mißlang. Aus dem kurzen „Blitzkrieg“, den Saddam Hussein und seine Generalität geplant hatten, entwickelte sich einer der längsten Stellungskriege der neueren Geschichte. Hunderttausende irakischer und iranischer Soldaten starben in diesem Krieg. Millionen Menschen wurden obdachlos. Ganze Provinzen des westlichen Irans wurden weitgehend verwüstet. Die iranische Grenzstadt Khorram-shahr wurde völlig zerstört. Die ökonomischen Kosten dieses Krieges werden auf mehrere hundert Milliarden Dollar geschätzt. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß sich Saddam Hussein der möglichen Folgen des Krieges bewußt war.

Es ist ebenfalls nicht klar, ob die iranische Führung wußte, was ihr bevorstand, als sie 1982 die irakischen Friedensangebote ausschlug und damit den Krieg gegen den Irak verlängerte. Das aber wirft um so mehr die Frage auf, was die Führungen des Iraks und des Irans eigentlich dazu bewog, diesen Krieg zu beginnen und ihn fortzuführen.

I. Endogene Bestimmungsfaktoren im Irak

Drei längerfristig wirkende Entwicklungstendenzen und Strukturmerkmale der irakischen Gesellschaft erklären, warum ein zwischen dem Irak und dem Iran bestehender Konflikt ab 1979 von irakischer Seite weiter zugespitzt wurde und warum der Irak im September 1980 im Iran intervenierte. Da sind erstens die historischen Traditionen der Konfliktlösung in der irakischen Gesellschaft, zweitens die Ambitionen der irakischen Staatsführung gegenüber ihren regionalen Nachbarn und drittens die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Opposition im Irak.

1. Militärverschwörung

Grundlegende politische Traditionen der Konfliktlösung innerhalb der irakischen Gesellschaft sind die Militärverschwörung und der Militärputsch. So gab es von 1932 bis 1980 allein elf erfolgreiche und etwa ein Dutzend nicht erfolgreiche Verschwörungen und Putsche des Militärs zur Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Die erfolgreichen Verschwörungen des Militärs konzentrieren sich dabei in den Jahren 1936 bis 1941 und 1958 bis 1968. In den 17 Jahren von 1941 bis 1958 und in den zwölf Jahren von 1968 bis 1980 erlebte der Irak hingegen zwei Perioden, die durch die scheinbare Abwesenheit von entsprechenden Aktivitäten des Militärs und die relative Stabilität autokratischer Regime gekennzeichnet waren. Dieser Schein trog jedoch. Denn es gab auch in diesen Perioden eine Vielzahl von Verschwörungen des Militärs, die nur deshalb einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt wurden, weil sie meist keinen Erfolg hatten¹.

Diese Verschwörungen waren zum einen Ausdruck von Bestrebungen der neuen Führungsschicht des Iraks, mehr Macht und damit auch mehr Unabhängigkeit gegenüber der Kolonialmacht Großbritannien zu erringen. Zum anderen waren sie Ausdruck von Kämpfen verschiedener nationalistischer Militärgruppen untereinander, die entweder verschiedene Varianten nationalistischer Politik verfolgten oder schlicht nicht miteinander zurechtkamen. Und schließlich waren sie Ausdruck einer zunehmenden Militarisierung der Politik.

Später hatte die Militärverschwörung dann jedoch auch Auswirkungen im „äußeren“ Vorfeld des Iraks: das erste Mal 1980 mit der irakischen Besetzung Khuzestans, das zweite Mal 1990 mit der Besetzung Kuwaits. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Formen militärischer Politik dürfte sehr einfach sein: Die Militärverschwörung diente anfangs dazu, einen Führungsanspruch des Mili-

1 Vgl. M. Khadduri, *Independent Iraq: A Study in Iraqi Politics Since 1932*, London 1951, S. 82–181; H. Batatu, *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements Of Iraq: A Study of Iraq's Old Landed and Commercial Classes and of its Communists, Ba'thists and Free Officers*, Princeton 1978, S. 800–1075.

tärs im Bereich der Innenpolitik durchzusetzen. Da dieser Machtanspruch jedoch von anderen Militärs bestritten wurde, kam es zu Machtkämpfen, in deren Verlauf sich schließlich eine Tradition der Militärsverschwörung herausbildete. Nachdem der innere Machtanspruch der Militärs durchgesetzt worden war und sich eine Autokratie herausgebildet hatte, die sich auf das Militär und die Sicherheitsdienste stützte, gingen die Militärs dazu über, einen regionalen Führungsanspruch durchzusetzen. Dabei griffen sie „natürlich“ auf ihre verschwörerische und putschistische Tradition zurück. Politische Probleme waren von ihnen schließlich schon immer mit militärischen Mitteln und auf verschwörerische Art und Weise gelöst worden.

2. Regionaler Führungsanspruch

Daß der Irak überhaupt Ambitionen gegenüber seinen Nachbarn entwickelte, hat allerdings noch zwei historische Wurzeln: erstens die Unzufriedenheit der alten Führungsschicht des 1932 unabhängig gewordenen Staates Irak mit den Grenzbeziehungen, die Großbritannien und die anderen Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommen hatten, ohne dabei Rücksicht auf ihre Vorstellungen zu nehmen, und zweitens die Auffassung, daß Bagdad und der Irak immer schon eine besondere Rolle in der arabischen Welt gespielt hätten. Die 1958 an die Macht gekommene neue Führungsschicht des Iraks hat diese Auffassungen ihrer bisherigen Regierungen faktisch übernommen, sie jedoch etwas anders formuliert und begründet, als diese es getan haben. Die Ba'th-Partei erklärte 1974, daß es das Hauptziel der Partei sei, die Führung der arabischen Revolution zu übernehmen, und daß sie auch die Hauptverantwortung für den Schutz des arabischen Golfes zu tragen habe. Sie hat außerdem Kuwait und Khuzestan immer als Bestandteile der arabischen Nation begriffen, die im Grunde zum Irak gehören².

Der aus diesen Auffassungen resultierende Führungsanspruch des Iraks stieß bis 1979 jedoch auf Grenzen, die sich zum einen aus den naturräumlichen und zum anderen aus den politischen und ökonomischen Gegebenheiten des irakischen Staates ergaben. Erstens ist der Irak im Grunde ein

Binnenstaat, der nur über einen sehr schmalen Zugang zum Meer verfügt, der zudem durch die politischen Sperrriegel Kuwait und Khuzestan flankiert wird. Eine Golforientierung der irakischen Politik und Wirtschaft steht deswegen grundsätzlich vor der Alternative, entweder langfristig gutnachbarliche und friedliche Beziehungen zu Kuwait und dem Iran aufzubauen oder aber dieses Problem mit Macht- und Gewaltmitteln zu lösen. Zweitens wäre der Ba'th-Staat, selbst wenn er zu Beginn der siebziger Jahre beabsichtigt hätte, seine Ambitionen mit Macht- und Gewaltmitteln durchzusetzen, kaum zu einer solchen Politik fähig gewesen, da er in militärischer Hinsicht eindeutig gegenüber der regionalen Vormacht Iran unterlegen war. Und drittens mußte er sich zu Beginn der siebziger Jahre im „äußeren“ Bereich noch stark zurückhalten, da seine innenpolitische Stellung noch nicht abgesichert war³.

Am Ende der siebziger Jahre hatte sich diese Situation wesentlich geändert: Der Ba'th-Staat hatte der politischen Opposition im Innern des Landes mehrere schwere Niederlagen zugefügt. Er hatte sich außerdem durch die Verstaatlichung des irakischen Erdöls eine materielle Basis geschaffen, die ihm eine reichlich sprudelnde Finanzquelle erschloß. Er hatte ferner seine politischen Beziehungen zu den konservativen Golfstaaten und den USA verbessert. Und der Nachbar Iran war infolge seiner Revolution nicht mehr in der Lage, als Gendarm am Golf aufzutreten. Der Ba'th-Staat konnte sich deswegen daran machen, seine regionalen Ambitionen zu verwirklichen.

Daß die irakische Führung tatsächlich beabsichtigte, den regionalen Führungsanspruch des Iraks in den Jahren 1979/80 machtpolitisch durchzusetzen, läßt sich an verschiedenen Maßnahmen zeigen. Erstens rüstete der Irak weiter auf, ohne daß es hierfür nach dem Zusammenbruch der iranischen Armee irgendeine objektive Notwendigkeit gegeben hätte. Das irakische Heer stellte dennoch mehrere neue Divisionen auf und beschaffte einige hundert neue Kampfpanzer⁴. Und die irakische Marine bestellte eine moderne Flotte in Italien⁵. Diese war sehr viel „stärker“ als die Flotten der anderen Golfanrainer und somit ein wirkungsvolles Instrument der regionalen Ambitionen des Iraks in der Golfregion. Zweitens begann der Irak

2 Vgl. U. Gehrke, Historische Aspekte des iranischen Anspruchs auf Kuwait, in: *Orient*, 3 (1961), S. 160 f.; J. B. Kelly, *Brennpunkt Golf: Die Ölstaaten und der Westen*, Frankfurt/Main 1981, S. 192 f.; J. Bulloch/H. Morris, *Saddams Krieg*, Hamburg 1991, S. 115 f.; Arabische Sozialistische Ba'th-Partei (ASBP), *Der Politische Bericht*, verabschiedet vom Achten Regionalen Kongreß, Bagdad 1974, S. 157-170.

3 Vgl. M. Farouk-Sluglett/P. Sluglett, *Der Irak seit 1958: Von der Revolution zur Diktatur*, Frankfurt/Main 1991, S. 149 ff.; verschiedene Ausgaben der *Military Balance des Internationalen Institutes für Strategische Studien (IISS)*.

4 Vgl. IISS, *Die Armeen der Welt 1978/1979*, Bonn 1978, S. 52; IISS, *Streitkräfte 1980/1981*, Bonn 1980, S. 122.

5 Vgl. *Middle East Economic Digest* vom 6. 3. 1981, S. 19.

eine diplomatische Offensive gegenüber Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten, die darauf zielte, eine einheitliche Position eines regionalen Staatenblocks gegenüber den USA (Carter-Doktrin) herzustellen und die Vergabe von Militärstützpunkten an die USA zu verhindern⁶. Drittens begann der Irak eine Kampagne zur Rückgabe der Inseln Abu Musa, Tomb-e bozorg und Tomb-e kutschek an die Vereinigten Arabischen Emirate, die zum ersten Mal den Anspruch des Iraks offenbarte, stellvertretend für ein anderes arabisches Land gegenüber dem „Feind“ Iran zu handeln⁷.

3. Staatsmacht und Opposition

Der in diesen Aktivitäten des Militärs sich äußernde Anspruch, Führung im Bereich der „inneren“ und „äußeren“ Politik auszuüben, beinhaltete immer auch die Ausschaltung konkurrierender Machtgruppierungen. Dies waren zum einen die jeweiligen Objekte eines Militärputsches und zum anderen Vertreter der politischen Opposition. Da diese Opposition allerdings relativ feste Wurzeln in der irakischen Gesellschaft hatte und meist auch innerhalb des Militärs vertreten war, handelte es sich hier um keine einseitig von „oben“ nach „unten“ betriebene Ausschaltung von Opponenten, sondern um einen beständigen Kampf zwischen Staat und Opposition.

Die Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Opposition bis zum Jahre 1980 kann man in drei große Phasen unterteilen. In den ersten beiden Phasen von 1968 bis 1975 und von 1975 bis 1979 erzielte der neue Ba'th-Staat mehrere Erfolge im Kampf gegen die inneren Konkurrenten. Er konnte die Kommunisten in einen Dialog einbinden, in dem sie zunehmend an Bedeutung verloren, und es gelang ihm, den Kurden 1975 eine schwere Niederlage zuzufügen, von der sie sich bis 1979 noch nicht erholt hatten. Die zunehmend wachsende schiitische Opposition konnte vorläufig noch beruhigt werden. In der dritten Phase von 1979 bis 1980 geriet der Ba'th-Staat dann jedoch in erhebliche Bedrängnis⁸. Denn im ersten Halbjahr 1979 reaktivierten sich drei Grundprobleme der irakischen Innenpolitik, die zudem entscheidend von außen mitbestimmt wurden.

6 Symptomatisch hierfür ist die Nationale Deklaration der ASBP aus dem Jahre 1980, vgl. ASBP, Für die Unabhängigkeit der Araber und ihre Einheit, Bagdad 1981, S. 11–14.

7 Vgl. ebd., S. 32 f.; S. Hussein, Irakische Politik in der Perspektive. Text der Pressekonferenz des Vizepräsidenten Saddam Hussein vom 20. Juli in Bagdad, Bagdad 1981, S. 53 f.

8 Vgl. H. Möller, Der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran: Endogene und exogene Bestimmungsfaktoren – ein Beitrag zur Kriegsursachendiskussion, Diss., Berlin 1993, S. 119–132.

Erstens scheiterten die Gespräche mit Syrien über die Vereinigung der beiden Staaten Irak und Syrien. Damit erlitt der arabische Nationalismus, die Legitimationsideologie der in Irak und Syrien herrschenden Ba'th-Parteien, einen erheblichen Verlust an Glaubwürdigkeit. Die Ba'th-Parteien redeten zwar viel von der Einheit der arabischen Nation. Sie schienen jedoch unfähig, die einfachsten praktischen Schritte zur Realisierung dieser Einheit einzuleiten. Zweitens erlangten die Parteien der schiitischen Opposition nach dem Sieg der iranischen Revolution starken Auftrieb. Das hieraus resultierende neue Selbstbewußtsein der schiitischen Opposition machte sich dann in Demonstrationen in Najaf und Kerbela Luft, die in gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht mündeten. Und drittens begann die kurdische Opposition sich ebenfalls wieder zu regen. Die Kurdische Demokratische Partei (KDP) der Barzanis erhielt von der iranischen Regierung z. B. die Erlaubnis, Basen an der irakisch-iranischen Grenze anzulegen. Und seit dem Sommer 1979 infiltrierte sie auch wieder den Irak⁹.

Der irakische Staat befand sich 1979 somit in einer komplizierten Situation: Die „innere“ und „äußere“ Lage hatte sich im Vergleich mit der Situation zu Beginn der siebziger Jahre erheblich verbessert und damit waren auch die Chancen zur Durchsetzung des regionalen Führungsanspruchs des Iraks gewachsen. Die politische Opposition war jedoch trotz der schweren Niederlagen im Verlauf der siebziger Jahre keineswegs ausgeschaltet worden. Und infolge der iranischen Revolution erhielt sie sogar neuen Auftrieb und machte sich auch wieder im Irak bemerkbar. Eine unmittelbare Gefahr für das politische System des Iraks ergab sich hieraus zwar nicht, aber eine potentielle Gefahr bestand durchaus. Diese konnte auch rasch zu einer realen Gefahr werden, wenn sich die irakische Opposition unbehelligt weiterentwickelte.

Der irakische Staat reagierte auf diese Situation mit einer „Externalisierung des internen Konfliktpotentials“. Die „Perser“ wurden zu den Feinden der „Araber“ hochstilisiert, die die Araber angeblich immer schon mit Invasionen und Aggressionen überzogen hatten¹⁰. Anschließend wurden die solchermaßen stigmatisierten „Perser“ und „Iraner“ dann aus dem Volkskörper des Iraks ausgetrie-

9 Vgl. P. Hünsele, Der Irak und sein Konflikt mit dem Iran, Bonn 1982, S. 59–63.

10 Vgl. S. Hussein, Vor der Nationalversammlung am 4. November 1980 gehaltene Rede zum irakisch-iranischen Krieg, Bagdad 1981, S. 8 f.

ben¹¹. Und schließlich wurden von irakischer Seite die Grenzkonflikte mit dem Iran durch eine systematische Politik der Provokation immer mehr angeheizt¹². Diese neue Organisation des Widerspruchspotentials der irakischen Gesellschaft gestattete einerseits eine Eskalation zwischenstaatlicher Konflikte, deren Wurzeln eindeutig in der irakischen Gesellschaft lagen. Andererseits erlaubte sie auch, die Chancen wahrzunehmen, die diese Situation ermöglichte, d.h., die irakische Führung konnte sich endlich daranmachen, ihren regionalen Führungsanspruch durchzusetzen, den sie schon so lange aufgeschoben hatte.

Daraus ergeben sich zwei weitreichende Schlußfolgerungen: Erstens dürfte die Entscheidung für die weitere Zuspitzung des Zerwürfnisses mit dem Iran und für die Intervention in den Iran wahrscheinlich bereits ein Jahr vor dem Ausbruch des Krieges gefallen sein. Und zweitens muß das Verhalten des Iraks gegenüber dem Iran seit dem Spätsommer 1979 wahrscheinlich als Ausdruck eines „politischen Willens“ gewertet werden, einen Krieg mit dem Iran bewußt und planmäßig vom Zaune zu brechen. Ein Vertreter der Ba'th-Partei hat diese Interpretation in einem Interview mit der Zeitung *Middle East* direkt bestätigt: „Die aktuelle Entscheidung, einen begrenzten Krieg gegen Iran zu führen,“ erklärte er, „wurde im August 1979 gefällt, kurz nachdem Saddam Hussein die Macht von Präsident Hassan al Bakr übernommen hatte. Die aktuelle Vorbereitung wurde der Armeeführung überlassen, aber die Zeitplanung vom Revolutionären Kommandorat festgelegt.“¹³

II. Endogene Bestimmungsfaktoren im Iran

Fast alle politischen Richtungen des Irans waren 1979/80 davon überzeugt, daß der „Imperialismus und Kolonialismus“ im Iran intervenieren könnten, um die siegreiche Revolution gegen den Schah niederzuwerfen. Alle dachten dabei jedoch an eine

große militärische Operation der USA (bzw. an eine verdeckte militärische Unterstützung der inneren „Konterrevolution“ durch die USA). Einen Angriff des kleinen Iraks gegen den Iran konnte sich hingegen keiner so recht vorstellen. Der irakische Einmarsch in den Iran traf die iranische Führung deswegen auch vollkommen unvorbereitet. Khomeini z.B. hatte Warnungen der iranischen Armeeführung vor einer irakischen Intervention als Manöver von Offizieren eingeschätzt, die die äußeren Gefahren absichtlich aufbauschen, um die Islamisierung und Säuberung der iranischen Armee zu unterlaufen. Außerdem glaubte er, daß der Irak durch eine islamische Revolution bedroht sei und wollte deswegen nichts unternehmen, was zu einer Aufwertung der irakischen Führung hätte beitragen können. Ein Versöhnungsangebot Saddam Husseins hatte er aus dem Grunde auch bewußt abgewiesen¹⁴. Als sich die Warnung der iranischen Armeeführung dann jedoch bestätigte, traf es die religiöse Führung des Irans wie ein tiefer Schock.

Die iranische Führung gewann nach einer kurzen Phase der Verunsicherung jedoch ihr Selbstvertrauen wieder zurück und machte sich daran, die Verteidigung des Landes gegen die irakische Aggression zu organisieren. Anfangs verfolgte sie dabei eine Politik, die sich ganz auf die Vertreibung der irakischen Truppen aus dem Iran konzentrierte. Trotz gegenteiliger öffentlicher Erklärungen wurden Verhandlungen und Kompromisse mit dem Irak jedoch keineswegs abgelehnt. Bei der Kriegsführung griff man zudem auf relativ konventionelle Kampfformen und -mittel zurück, die durchaus Menschenleben schonten. Ab dem zweiten Halbjahr 1981 kam es dann jedoch zu grundlegenden Veränderungen in der iranischen Kriegspolitik. Die iranische Führung beschränkte die Ziele ihres Kampfes nicht mehr allein auf die Vertreibung der irakischen Truppen und intervenierte ihrerseits im Irak. Die bereits 1980 verkündete Linie, alle Kompromisse im Kampf mit dem Irak abzulehnen, wurde außerdem zu der realpolitischen Linie der Islamischen Republik Iran (IRI). Und schließlich wurde bei der Kriegsführung zunehmend auf Kampfformen und -mittel zurückgegriffen, die der iranischen Bevölkerung ungeheure menschliche Opfer auferlegten.

Wie kann man diese veränderte iranische Position, die entscheidend dazu beigetragen hat, eine 1982 mögliche Beendigung des Krieges zu verhindern, und ihn noch bis 1988 verlängerte, nun erklären?

11 Grundlegend hierfür war ein Telegramm des Innenministeriums an die Sicherheitsbehörden (Nr. 2284 vom 10. 4. 1980; im Privataarchiv des Verfassers).

12 Symptomatisch hierfür sind die Grenzzwischenfälle zwischen den beiden Ländern. Vgl. A. M. Trab Zenzemi, *La Guerre Irak-Iran: Islam et Nationalisme*, Paris 1985, S. 23-35.

13 *The Middle East*, (1980) 11, S. 10 f., zit. in: R. E. Bergquist, *The Role of Airpower in the Iran-Iraq War*, Washington, D. C. 1988, S. 37.

14 Vgl. A. H. Bani Sadr, *Le Complot des Ayatollahs*, Paris 1989, S. 77.

1. Die neue Führungsschicht am Beispiel Khomeini

Ein erster Faktor, der die veränderte iranische Kriegspolitik mit erklären hilft, ist die Tatsache, daß 1981 eine fundamentalistische Führungsschicht die Macht im Iran übernahm. Das Konfliktverhalten dieser Schicht nach 1979, ihre politische Programmatik und ihre Einschätzung des Krieges sollen im folgenden anhand der Vorstellungen und Aktivitäten Khomeinis analysiert werden.

Khomeini war zwar bereits seit 1978/79 der unbestrittene Führer der islamischen Revolution. Diese Position war nach 1979 außerdem quasi legalisiert worden, indem Khomeini zum „Führer“ (Rahbar) des neuen Staates ernannt wurde, der die wichtigsten Unterführer der neuen Islamischen Republik Iran ernennen konnte¹⁵. Da Khomeini außerdem immer wieder mit eigenen Vorschlägen und Entscheidungen in die politischen Konflikte der IRI eingriff, reichte sein faktischer Einfluß weit über die Position hinaus, die er nach der Verfassung ausüben sollte. Khomeini hatte in den ersten zwei Jahren der IRI jedoch noch starke Rücksichten auf Bestrebungen der städtischen Mittelschichten und ihrer politischen Repräsentanten (wie z. B. Bazargan oder Bani Sadr) genommen. So wurden trotz der nach außen verkündeten Linie, keine Kompromisse im Krieg mit dem Irak einzugehen, insgeheim Gespräche mit der irakischen Staatsführung geführt und dabei auch eine Reihe von Zugeständnissen des Iraks erzielt. Nachdem es im ersten Halbjahr 1981 jedoch zu einem Machtkampf zwischen den islamischen Fundamentalisten und ihren Gegnern gekommen war, der mit einem klaren Sieg der islamischen Fundamentalisten endete, entfiel die Notwendigkeit, Rücksicht auf Bundesgenossen zu nehmen. Nun konnten die Fundamentalisten und Khomeini damit beginnen, ihre Vorstellungen unverfälscht durchzusetzen. Für die Fortsetzung des Krieges gegen den Irak ergaben sich aus dieser Entwicklung in drei Punkten Veränderungen:

Erstens war das Objekt dieses Krieges, Saddam Hussein, aus der Sicht Khomeinis und der islamischen Fundamentalisten nur ein anderer Schah¹⁶. Der Kampf gegen ihn war deshalb auch nichts anderes als eine Fortsetzung des Kampfes gegen das Schahregime. Und er konnte nur dann Erfolg

¹⁵ Vgl. H. P. Schreiner u. a., *Der Imam: Islamische Staatsidee und revolutionäre Wirklichkeit*, St. Michael 1982, S. 265.

¹⁶ Vgl. *Botschaft der Islamischen Republik Iran (IRI), Zum Irakisch-Iranischen Krieg*, Bonn 1981, S. 94.

haben, wenn er genauso kompromißlos und intensiv und mit denselben Methoden wie gegen das Schahregime geführt wurde. Khomeini übertrug hier die historischen Erfahrungen, die er im Kampf gegen den Schah Reza Pahlewi gesammelt hatte, auf den Kampf gegen den „Schah“ Saddam Hussein.

Zweitens muß Khomeini, nach der Macht- und Staatskonzeption, die er in seiner Programmschrift *Welajat-e Fagih* entwickelt hatte, grundsätzlich an einer Umwälzung der bestehenden Staatenordnung im Nahen und Mittleren Osten interessiert gewesen sein. Er bekannte sich in dieser Schrift zwar zur Notwendigkeit des Staates¹⁷. Die bestehenden Staatsformen lehnte er jedoch als antiislamisch ab und trat für die Bildung neuer islamischer Staaten ein, die von islamischen Rechtsgelehrten geführt werden sollten. Aus dieser Ablehnung der bestehenden Staatsformen folgte auch die Ablehnung der bestehenden nationalen Grenzen, die als Instrumente zur Spaltung der islamischen Gemeinde eingeschätzt wurden. Das wichtigste Mittel zur Durchsetzung wahrhaft islamischer Staaten seien islamische Revolutionen. Zur Durchführung derartiger Revolutionen hatte Khomeini eine hegemoniale Strategie entwickelt, die grundsätzlich die Gewaltanwendung gegen sogenannte Feinde des Islams beinhaltet und sogar die kriegerische Tradition der Schia (zweite Hauptrichtung des Islams) wiederbeleben wollte. Aus der Sicht dieser Staatskonzeption ist nicht nur die gewaltsame Verteidigung eines islamischen Staates gegen die Aggression eines nichtislamischen Staates, sondern auch die militärische Niederwerfung und Eroberung dieses nichtislamischen Staates vollkommen legitim. Ein solcher Krieg dürfte außerdem eine günstige Gelegenheit zur Veränderung der bestehenden regionalen Kräfteverhältnisse und zur Wiederbelebung der kriegerischen Tradition der Schia geschaffen haben.

Drittens gab es zwischen Khomeini und dem irakischen Staat (und Saddam Hussein) einige alte Rechnungen zu begleichen. Khomeini war 1965 in das irakische Exil gegangen. Dort hatte sich der irakische Geheimdienst sofort darum bemüht, Khomeini für eine Kooperation gegen den Schah zu gewinnen. Khomeini hatte jedoch abgewunken und sich politisch sehr zurückgehalten. Erst 1977, als eine neue Massenbewegung gegen das Schahregime entstand, hatte er seine Aktivitäten gegen den Schah wieder aufgenommen. Der Irak, der mittlerweile an gutnachbarlichen Beziehungen mit dem Iran interessiert war, wies darauf Khomeini

¹⁷ Vgl. R. M. Khomeini, *Der islamische Staat*, Berlin 1983, S. 31–50.

aus und zwang ihn so zur Emigration nach Frankreich¹⁸. Es ist sehr gut möglich, daß Khomeini sowohl das Angebot zur Kooperation mit dem irakischen Geheimdienst als auch die Ausweisung in das westliche Ausland als tiefe persönliche Kränkungen empfunden hat, die er zurückzahlen wollte.

2. Armee – Pasdaran

Ein weiterer Faktor, der die Fortsetzung des Krieges durch den Iran ab 1982 mit erklären hilft, ist die Konkurrenz zwischen Armee und Pasdaran (Revolutionsgarden). Nach der Verfassung der IRI besteht zwischen der Armee und den Pasdaran eine Arbeitsteilung. Die Armee hat im Rahmen dieser Arbeitsteilung die Aufgabe, den Iran nach „außen“ zu verteidigen, während die Pasdaran die Aufgabe haben, das politische System der IRI nach „innen“ zu sichern¹⁹. In der Realität der IRI kann von einer Arbeitsteilung und einvernehmlichen Beziehungen zwischen Armee und Pasdaran jedoch keine Rede sein. So sind die Alltagsbeziehungen zwischen Angehörigen beider Organisationen durch beständige Auseinandersetzungen gekennzeichnet, die sehr oft gewaltsame Formen annehmen. Außerdem zeigen die Ressourcenströme, die Armee und Pasdaran aus Staat und Gesellschaft zufließen, daß vor allem die Pasdaran ab 1980 zu einer mehrere hunderttausend Mann starken Großorganisation mit eigenen Teilstreitkräften ausgebaut wurden, die sehr wahrscheinlich ein Gegengewicht gegen die immer noch des Putsches verdächtige Armee bilden sollte. Und schließlich stehen sich Armee und Pasdaran in den politischen Auseinandersetzungen der neuen Machtelite des Irans oft diametral gegenüber.

Wie kann man diese Widersprüche nun erklären, und welche Bedeutung hatten sie für den Krieg mit dem Irak? Zum einen sind diese Konflikte ein Resultat des unterschiedlichen Entstehungs- und Funktionszusammenhanges beider Organisationen: Die Armee war zur Sicherung des früheren Schahregimes entstanden, während die Pasdaran zur Sicherung der neuen islamischen Republik gebildet worden waren, die dem Schahregime feindselig gegenüberstand²⁰. Diese Widersprüche sind ferner Ausdruck eines tiefen Mißtrauens der Füh-

rung der IRI gegenüber der Armee, die immer noch verdächtigt wird, eines Tages einen Putsch gegen die IRI durchführen zu können. Und schließlich sind sie Ausdruck einer bestimmten Herrschaftsstrategie Khomeinis, der zwischen bestimmten Personen und Institutionen der IRI Spannungen erzeugt hat, um durch den Ausgleich dieser Widersprüche „herrschen“ zu können.

Die Beziehungen zwischen dem Krieg und den Institutionen Armee und Pasdaran sind ziemlich komplex. Einerseits hat der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran bestimmte „Auswirkungen“ auf die weitere Entwicklung von Armee und Pasdaran gehabt. So wurde die 1979 weitgehend zusammengebrochene Armee nach dem Beginn des Krieges mit dem Irak reorganisiert und gleichzeitig neben ihr eine neue Armee aufgebaut, die die Islamische Republik vor dieser alten Armee schützen sollte. Andererseits dürfte die auf diese Weise bewirkte „Festschreibung“ des Konfliktes zwischen Armee und Pasdaran wiederum Rückwirkungen auf den Krieg mit dem Irak gehabt haben. Denn vor allem der Aufbau der Pasdaran zu einer mehrere hunderttausend Mann starken Großorganisation mit eigenen Teilstreitkräften war direkt an die Fortführung des Krieges gegen den Irak geknüpft. Es ist deswegen gut möglich und auch sehr wahrscheinlich, daß die Pasdaran kein Interesse an der Beendigung des Krieges mit dem Irak hatten und auch Druck auf die Führung der Islamischen Republik ausübten, den Krieg gegen den Irak fortzuführen. Ob dies tatsächlich der Fall war oder nicht, läßt sich gegenwärtig jedoch nicht sagen, da verlässliche Analysen fehlen.

3. Märtyrertum

Die Intensität und Kompromißlosigkeit des iranischen Kampfes und die hohen Verluste ab 1981 stehen darüber hinaus in engem Zusammenhang mit einer der vorherrschenden Bewußtseinsformen der iranischen Revolution, dem Märtyrertum.

Das Märtyrertum ist eine grundlegende Erscheinungsform der iranischen Revolution, die in drei Phasen der iranischen Revolution sehr stark an Bedeutung gewann: erstens im Verlauf der Protestbewegung gegen das Schahregime, zweitens in den Kämpfen der Revolutionäre untereinander und drittens während der ab 1981 im Krieg gegen den Irak praktizierten Taktik des Angriffs in Menschenwellen. Fast alle, die im Verlauf dieser Ereignisse umkamen, starben nach ihrem eigenen Selbstverständnis als Märtyrer, d. h., sie waren bereit, ihr Leben für eine „höhere“ Sache zu opfern.

18 Vgl. B. Nirumand, *Mit Gott für die Macht: Eine politische Biographie des Ayatollah Khomeini*, Hamburg 1987, S. 174.

19 Vgl. Botschaft der IRI, *Verfassung der IRI*, Bonn 1980, S. 80f.

20 Vgl. F. Halliday, *Iran: Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg*, Berlin 1979, S. 66f.; S. Bakhash, *The Reign of the Ayatollahs*, London 1985, S. 63f.

Darüber hinaus ist das Märtyrertum während des Krieges auch als Mobilisierungsinstrument eingesetzt worden. Iranische Soldaten erlebten z. B. immer wieder, daß sie kurz vor Kampfhandlungen ihrem 12. Imam (religiöses Oberhaupt der Schiiten) begegneten, der sie aufforderte, den Feind zu besiegen und den Imam Hossein zu rächen. Dieses Erlebnis löste bei den Soldaten meist eine starke emotionale Erschütterung aus, in die hinein dann ein moralischer Appell erfolgte, „einfache“ Dinge zu tun, wie etwa im Kampf vorwärts zu stürmen.

III. Exogene Bestimmungsfaktoren

Neben den Akteuren in den beiden Ländern spielten im Krieg zwischen dem Irak und dem Iran auch „äußere“ Akteure eine wichtige Rolle. Nach außen hin taten diese Akteure so, als ob sie neutral und an einem möglichst schnellen Friedensschluß interessiert wären. Wenn man ihre ökonomischen und militärischen Beziehungen mit den beiden Ländern jedoch genauer analysiert, stellt man schnell fest, daß sie recht eifrig in diesem Krieg engagiert waren – sei es, indem sie über ausgedehnte „Handelsgeschäfte“ an diesem Krieg profitierten oder indem sie eine Politik zugunsten der einen oder der anderen Kriegspartei betrieben. Die ökonomischen und militärischen Beziehungen dieser Akteure zu den beiden Ländern Irak und Iran sollen im folgenden anhand von konventionellen Rüstungsprozessen sowie deren Auswirkungen auf den Kriegsverlauf analysiert werden.

1. Konventionelle Rüstungsprozesse

Der Irak und der Iran wurden seit dem Beginn der siebziger Jahre massiv durch verschiedene Staaten aufgerüstet. Der Iran erhielt im Rahmen dieser Aufrüstung vor allem Waffen aus den USA und von den europäischen Verbündeten der USA. So erhielt die iranische Luftwaffe Flugzeuge der Typen F-5, F-4 und F-14, die iranische Marine Zerstörer, Fregatten und Raketenschnellboote und die iranische Armee Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Artilleriegeschütze²¹. Diese Waffenlieferungen der USA und ihrer Verbündeten waren zum einen Ausdruck einer „neuen“ amerikanischen Hegemonialpolitik in der Dritten Welt. Die US-Regierung wollte nach den negativen Erfahrungen in Vietnam nicht mehr Weltpolizist sein, der über-

all die Kleinarbeit im Kampf gegen den Kommunismus erledigte, sondern sie entwickelte die Vorstellung, daß die regionalen Verbündeten der USA auch einen Teil dieser Aufgaben (und Lasten) zu übernehmen hätten. Als Prototyp eines solchen regionalen Polizisten wurde der Schah im Iran angesehen. Die Rüstungsgeschäfte mit dem Iran hatten neben diesen hegemonialpolitischen aber auch direkte ökonomische Hintergründe und Motive.

Diese Hochrüstung des Irans fand mit der iranischen Revolution 1979 ein vorläufiges Ende. Nach dem Ausbruch des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran mußte der Iran allerdings zwangsläufig ein Interesse an westlichen Waffen- und Ersatzteillieferungen entwickeln, weil seine Armee mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet worden war und ohne einen beständigen Fluß von Ersatzteilen und Know-how nicht einsatzfähig gehalten werden konnte. Da die USA für den Iran aus ideologischen Gründen jedoch nicht als Lieferant in Frage kamen, wandte sich der Iran zunächst an die europäischen Verbündeten der USA, um Waffen und Ersatzteile zu erhalten. Diese wurden von den USA jedoch massiv unter Druck gesetzt, den Iran nicht mit Waffen zu beliefern, weswegen sie sich dafür entschieden, eine restriktive Rüstungsexportpolitik gegenüber dem Iran zu verfolgen, die faktisch darauf hinauslief, keine neuen Großwaffenaufträge des Irans anzunehmen, jedoch Altaufträge aus der Schahzeit weiter zu bearbeiten und den Iran auch mit Rüstungsmaterial niedrigeren Niveaus (z. B. Kleinwaffen, Granaten und Munition) zu beliefern. Der Iran war deswegen gezwungen, sich nach neuen Großwaffenlieferanten umzusehen. Er fand sie in Nordkorea und China²².

Die Motive der chinesischen und nordkoreanischen Lieferanten von Großwaffen an den Iran sind noch nicht restlos geklärt. Im Prinzip gibt es zwei mögliche Erklärungsansätze: Erstens ist es möglich, daß die chinesischen Waffenlieferungen an den Iran in der Zeit von 1980 bis 1982 Ausdruck einer antihegemonialen Politik waren, die darauf zielte, die Supermächte aus der Golfregion zu verdrängen. Es spricht allerdings sehr viel mehr dafür, und das ist das zweite Argument, daß diese Lieferungen in der Zeit ab 1982 Ausdruck eines kommerziellen Waffengeschäfts waren, das Devisen erwirtschaften sollte, die die Volksrepublik China für ihre Politik der Öffnung nach „außen“

21 Vgl. US Senate, Military Sales to Iran, Washington, D. C. 1976, S. 14–29.

22 Vgl. US Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), World Military Expenditures and Arms Transfers, Washington, D. C. 1989, S. 22.

benötigte²³. Die wichtigsten Folgen dieser iranischen Wendung nach Ostasien waren zum einen eine Abkehr von der vom Schah betriebenen Vormachtpolitik, d. h. ein Verzicht auf die offensive Aufrüstung der iranischen Luftwaffe und Marine, und zum anderen ein „Umstieg“ auf ein sowjetisch-chinesisches Technologieniveau der fünfziger Jahre, d. h. eine deutliche Abkehr von der Politik, dem jeweiligen Spitzenstand der östlichen und westlichen Waffentechnologie hinterherzulaufen.

Der Irak wurde von 1969 bis 1980 ebenfalls massiv aufgerüstet, allerdings nicht durch die USA, sondern durch die UdSSR und die osteuropäischen Verbündeten der UdSSR. So erhielt die irakische Luftwaffe mehrere hundert Kampfflugzeuge und die irakische Armee ungefähr 2000 Kampfpanzer und fast genauso viele gepanzerte Fahrzeuge aus der UdSSR²⁴. Diese sowjetischen Waffenlieferungen an den Irak waren ebenfalls Ausdruck einer bestimmten Hegemonialpolitik. Die UdSSR, die unter Stalin „nationale Befreiungsbewegungen“ noch als „bürgerlich“ und „reaktionär“ verdammt hatte, unterstützte seit 1956 nämlich die nationalen Befreiungsbewegungen gegen den „Imperialismus“. Auf diese Weise wollte sie den Einfluß der USA in der Dritten Welt untergraben und den Einfluß des „Sozialismus“ ausdehnen²⁵. Der Hauptnutznießler dieser Politik im nahöstlichen Raum war anfangs Ägypten, während die sowjetischen Beziehungen mit dem Irak eher von untergeordneter Bedeutung waren. Ab dem Beginn der siebziger Jahre stieg die Bedeutung des Iraks für die sowjetische Nahostpolitik aufgrund dreier Faktoren jedoch stark an: Erstens wechselte Ägypten in das westliche Lager über, womit sich die Bedeutung Syriens und des Iraks für die Nahostpolitik der UdSSR automatisch erhöhte. Zweitens stieg infolge der Verstaatlichung des irakischen Erdöls – und der damit gewachsenen Deviseneinnahmen – die Bedeutung des Iraks für die sowjetische Rüstungsindustrie stark an. Und drittens interpretierte die sowjetische Führung die „Reformen“ der Ba'th-Partei als Schritte zum Sozialismus und schloß deswegen einen Freundschaftsvertrag mit dem Irak ab²⁶. Eine Folge dieser Politik waren

ausgedehnte Waffengeschäfte, die den Irak bereits in den Jahren 1974 bis 1978 zum wichtigsten Kunden der UdSSR in der Dritten Welt werden ließen.

Nach dem Ausbruch des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran stellte die UdSSR jedoch ihre Waffenlieferungen an den Irak ein. Sie befürchtete, daß die USA die irakische Intervention als Ausdruck des sowjetischen „Expansionsstrebens“ interpretieren und deswegen intervenieren könnten. Sie begriff den Krieg außerdem als Neuaufnahme von Sadats Politik der Annäherung an die konservativen Golfstaaten und die USA, was sie natürlich nicht unterstützen wollte. Und sie schätzte die politische Entwicklung des Irans im großen und ganzen positiv ein, weswegen ein Krieg des Iraks gegen den Iran aus ihrer Sicht keinen Sinn ergab.

Ab 1982 kam es dann jedoch zu einer Veränderung dieser Situation. Angesichts der iranischen Vorstöße in den Irak, einer „defensiven“ irakischen Militärstrategie und der politischen „Mäßigung“ des Iraks bestand keine Gefahr mehr, daß die USA die sowjetische Unterstützung des Iraks als Ausdruck eines sowjetischen „Expansionsstrebens“ interpretieren könnten. Da sich die sowjetisch-iranischen Beziehungen zudem ausgesprochen negativ entwickelten, nahm die UdSSR die Waffenlieferungen an den Irak wieder auf und wurde in kürzester Zeit wieder zu seinem wichtigsten Waffenlieferanten.

Neben der UdSSR spielten auch einige andere Länder eine Rolle bei der Aufrüstung des Iraks. In den siebziger Jahren hatte der Irak z.B. Kontakte zu mehreren europäischen und brasilianischen Rüstungskonzernen aufgenommen. Als sich die Beziehungen zwischen dem Irak und der UdSSR in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verschlechterten und die UdSSR nach dem irakischen Angriff auf den Iran sogar die Waffenlieferungen an den Irak einstellte, nutzte der Irak diese Kanäle und kaufte nun in großem Umfang Waffen in Frankreich, Italien, Brasilien und China ein. So wurde eine moderne Luftflotte in Frankreich und eine hochseetüchtige Seeflotte in Italien bestellt. Des Weiteren wurden Radpanzer in Brasilien und Frankreich sowie Flugabwehr- und Panzerabwehrsysteme in Brasilien, Frankreich und Deutschland gekauft²⁷. Die Motive der europäischen Rüstungsfirmen für diese Waffengeschäfte mit dem Irak dürften vor allem ökonomischer Natur gewesen

23 Zur chinesischen Dreiweltentheorie vgl. J. Glaubitz, China in der Weltpolitik (1971–1985), in: Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), VR China im Wandel, Bonn 1978, S. 166 ff.

24 Vgl. Institute for International Strategic Studies (IISS), The Military Balance 1980/81, London 1980, S. 42 f.; dass. The Military Balance 1990/91, London 1990, S. 105 f.

25 Vgl. O. M. Smolansky u. a., The USSR and Iraq: The Soviet Quest for Influence, Durham 1991, S. 13–33.

26 Vgl. R. Pitty, Soviet Perceptions of Iraq, in: MERIP (1988), S. 3 f., 23–27.

27 Vgl. K. R. Timmermann, Öl ins Feuer, Zürich 1988, S. 41–92.

sein: In Frankreich beispielsweise schufen die Blockierung der französischen Verteidigungsausgaben durch die Nuklearrüstung und die Grenzen, die Sozialstaatsansprüche den staatlichen Rüstungsausgaben setzten, mächtige ökonomische Zwänge zum Rüstungsexport. Ein Komplex staatlicher Institutionen und eine bestimmte Außenhandelspolitik förderten zudem systematisch Rüstungsexporte. So schienen die Rüstungsexporte dynamische Wachstumsfaktoren zu sein, dem Ausgleich von Außenhandelsdefiziten zu dienen und ein Recycling des Petrodollars in Gang zu setzen²⁸.

2. Die Bedeutung der Rüstungsprozesse

Was für eine Bedeutung hatte die ausländische Waffentechnologie nun für den Verlauf des Krieges? Die massive Aufrüstung der irakischen Armee mit sowjetischen Waffensystemen ermöglichte es dem Irak, seine Offensive gegen den Iran im Jahre 1980 zu beginnen. Die Aufrüstung der iranischen Armee mit amerikanischen Waffen versetzte den Iran in die Lage, diese Offensive abzuwehren und seinerseits in den Irak vorzustoßen. Diese „Hilfe“ der USA und der UdSSR für den Irak und den Iran war von den Supermächten jedoch keineswegs beabsichtigt, sondern nur ein objektives, sozusagen nachhinkendes Resultat der sowjetisch-amerikanischen Hochrüstung der beiden Länder aus der Zeit vor 1979/80. Denn bei der Aufnahme der Waffenlieferungen an den Irak und den Iran verfolgten die USA und die UdSSR Ziele, die sich ausschließlich aus dem Konkurrenzkampf der Supermächte herleiteten. So ging es den USA um die Eindämmung des Kommunismus und der UdSSR um die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen und die Ausdehnung des Einflusses des Sozialismus. Darüber hinaus hatten die USA nach der Geiselnahme im November 1979 alle Beziehungen zum Iran abgebrochen und bei Ausbruch des Krieges ein Waffenembargo gegen den Iran und den Irak verhängt. Die UdSSR hatte nach dem irakischen Einmarsch in den Iran ihre Waffenlieferungen in den Irak eingestellt und sich für neutral erklärt. Zwischen den Zielen, die die Supermächte bei Aufnahme ihrer Waffenlieferungen verfolgt hatten und den langfristigen Auswirkungen, die diese Rüstungsexporte nach sich zogen, bestand somit ein Widerspruch.

Die massive Unterstützung des Iraks durch die UdSSR und europäische Staaten spielte eine zen-

trale Rolle bei der Umsetzung der – zu Lande defensiven und in der Luft offensiven – irakischen Militärstrategie ab 1982/83. Die italienische Hilfe im Bereich der Logistik garantierte das finanzielle Überleben des Iraks, die sowjetische Panzertechnologie und Artillerie halfen in starkem Maße dabei, das Land gegen den iranischen Ansturm zu verteidigen, und die sowjetischen und französischen Flugzeuge gestatteten eine Gegenoffensive aus der Luft. Auf seiten der UdSSR und Frankreichs war diese Hilfe auch Ausdruck des politischen Willens, dem Irak in seinem Krieg mit dem Iran zu helfen. Auf seiten der anderen europäischen Staaten spiegelte diese Hilfe zumindest die Bereitschaft wider, die objektiven Auswirkungen bestimmter Waffenverkäufe billigend in Kauf zu nehmen.

Die starke Zurückhaltung der wichtigsten Waffenproduzenten gegenüber dem Iran war ein wesentlicher Faktor dafür, daß es dem Iran ab 1982 nicht mehr gelang, seine Einbrüche in die irakische Front tief in das Landesinnere vorzutreiben und große Räume oder wichtige Städte zu besetzen. Die chinesischen und nordkoreanischen Waffenlieferungen haben dem Iran in Einzelfällen offensichtlich geholfen. Allgemeine Aussagen über die Bedeutung dieser Waffen lassen sich jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht machen.

IV. Fazit

Der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran war vor allem eine Auseinandersetzung, für die innergesellschaftliche Gründe beider Staaten maßgeblich waren. Die irakische Kriegspolitik kann man dabei als Externalisierung interner Konfliktpotentiale und internen Konfliktverhaltens beschreiben. Denn die Tradition des Militärputsches, die Konflikte zwischen Staat und Opposition und der regionale Nationalismus der irakischen Staatsführung waren und sind längerfristig wirkende Strukturmerkmale der irakischen Gesellschaft, die mit dem Krieg 1980 nach „außen“ gelenkt wurden. Die iranische Kriegspolitik kann man hingegen während der ersten beiden Jahre des Krieges nicht als Externalisierung interner Konfliktpotentiale charakterisieren, da es angesichts der „äußeren“ Bedrohung anfangs eine „interne Kohäsion“ gab, die in gewissen Aspekten an die deutsche Burgfriedenspolitik 1914/15 erinnert. Spätestens mit der Intervention

²⁸ Vgl. M. Brzoska u. a., *Arms Transfers to the Third World 1971–1985*, Oxford 1987, S. 78 f.

des Iraks in den Iran kann man jedoch auch im Iran eine Politik feststellen, die Ähnlichkeiten mit der Externalisierung interner Konflikte im Irak aufweist.

Der Krieg Irak-Iran ist aber auch ein Verdichtungsfeld internationaler Politik gewesen, das in der Zeit bis 1980 entscheidend durch den Ost-West-Konflikt und in der Zeit ab 1982 in zunehmendem Maße durch den Nord-Süd-Konflikt mitbestimmt wurde. Denn die militärischen Hilfsleistungen für den Iran und den Irak waren

bis 1980 Ausdruck einer globalen symmetrischen Konfliktstruktur. Der Iran wurde vor allem durch die USA und ihre Verbündeten und der Irak durch die UdSSR und ihre Verbündeten aufgerüstet. Ab 1982 gab es hingegen eine asymmetrische Konfliktstruktur. So wurde der Irak durch die wichtigsten industriellen Metropolen aufgerüstet, während der Iran von seinen früheren Waffenlieferanten weitgehend „abgekoppelt“ wurde. Wahrscheinlich ist dies ein wesentlicher Grund dafür, daß es dem Iran nicht gelang, den Irak militärisch zu besiegen.

Helga Baumgarten: Das „Gaza-Jericho-Abkommen“. Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/95, S. 3–12

Dieser Beitrag analysiert, gestützt auf Umfragen des Palästinensischen Forschungsinstituts (CPRS) in Nablus, die in der palästinensischen Gesellschaft ein Jahr nach dem „Gaza-Jericho-Abkommen“ vorhandenen politischen Positionen zum Friedensprozeß und zur Politik der einzelnen politischen Gruppierungen. Die Stärke (kontinuierlich über 40 Prozent der Stimmen) von Yassir Arafats Fateh-Bewegung ist dabei hervorzuheben, nicht zuletzt im Vergleich mit der überraschend geringen Unterstützung aus der Bevölkerung (immer unter 20 Prozent) für die radikal-islamische Opposition.

Der Friedensprozeß steckt derzeit in einer tiefen Krise, und nur weitreichende Zugeständnisse von seiten der israelischen Führung (Siedlungsstopp, Truppenabzug aus palästinensischen Bevölkerungszentren und freie Wahlen) an ihren so ungleich schwächeren Verhandlungspartner können ihn retten. Die Chancen dafür stehen nicht gut.

Manuel Schiffler: Konflikte um Wasser – ein Fallstrick für den Friedensprozeß im Nahen Osten?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/95, S. 13–21

Der Nahe Osten – der hier im engeren Sinn als die vier Staaten des Jordanbeckens Israel, Jordanien, Syrien, Libanon und die Westbank definiert wird – ist weltweit eines der Gebiete mit der größten Wasserknappheit. Durch die wachsende Bevölkerung nimmt diese Unterversorgung ständig zu. Gleichzeitig sind die wichtigsten Wasserressourcen des Nahen Ostens grenzüberschreitend, so daß die Staaten der Region bei der Sicherung ihrer Wasserversorgung aufeinander angewiesen sind. Konflikte um Wasser könnten daher zu einem Fallstrick für den Friedensprozeß im Nahen Osten werden, wenn dieser nicht durch zwei Elemente ergänzt wird:

- Wasserdiplomatie, d. h. die Kunst der gerechten Aufteilung grenzüberschreitender Wasserressourcen, und
- Wassermanagement, d. h. die Kunst, Angebot an und Nachfrage nach Wasser zu den geringsten ökonomischen und ökologischen Kosten miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Harald Möller: Der Krieg zwischen Irak und Iran

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/95, S. 22–31

Der Krieg zwischen Irak und Iran begann am 22. September 1980. Saddam Husseins Coup mißlang jedoch. Aus dem geplanten kurzen „Blitzkrieg“ entwickelte sich einer der längsten Stellungskriege der neueren Geschichte. Dieser Konflikt forderte einen hohen Blutzoll auf beiden Seiten und verursachte große Zerstörungen. Den Konfliktparteien schien nicht bewußt gewesen zu sein, auf was sie sich eingelassen hatten. Innergesellschaftliche Konflikte in beiden Staaten trugen maßgeblich zur kriegerischen Auseinandersetzung bei. Auf internationaler Ebene war dieser Krieg Ausdruck einer globalen symmetrischen Konfliktstruktur, für die Begriffe wie Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt als Synonyme stehen.